

Links der Neiße

November 2020

Linke Monatszeitung im Landkreis Görlitz

Jhrg.11/Nr.128

Bundesparteitag erneut verschoben



Erst sollte der Parteitag auf einen Tag verkürzt werden, nun doch das Aus.

mehr auf Seite 2

Der Kreisparteitag, der für den 7. November in Löbau geplant war, fällt aus.

Alle wichtigen Wahlen und Beschlüsse zur Bundestagswahl hat der Kreisvorstand wohlwissend auf das I. Quartal 2021 verlegt. Die Diskussionen zu dem Leitantrag finden im Dezember in „Links der Neiße“, online und anderen ausgewiesenen Formaten statt.

mehr auf Seite 10

Diskussion in und um "Ungleichland" sowie der Systemwechsel im Krankenhaus: Gemeinwohl vor Profit

Ein Beitrag zeigt eine Aktion in der Stadt Görlitz mit der Sächsischen Bundestagsabgeordneten Caren Lay und den Landtagsabgeordneten Antonia Mertsching und Mirko Schultze. Ein Zweiter von Bernd Riexinger und Gesundheitspolitikern der LINKEN, wie sich das Krankenhaussystem entwickeln sollte.

mehr auf den Seiten 4 und 5

Dierk Kunow steigt nach 30 Jahren als Redakteur für linke Kleinzeitungen im Auftrage verschiedenster Regional- und Kreisvorstände aus.



mehr auf Seite 12

Analoge, wie auch digitale Teilnahme am Parteitag - „Hybridparteitag“



DIE LINKE in Sachsen hat in Plauen ihren Parteitag am 10. Oktober durchgeführt. Der Parteitag war der erste Hybrid-Parteitag, bei dem die Teilnahme sowohl analog, als auch digital erfolgte. Am Nachmittag sprach

Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt zu den Delegierten. Auch weitere Anträge wurden beschlossen. Meinungen der beiden Vorsitzenden und Erfahrungsberichte von Präsenz- und Onlineteilnehmer*innen.

mehr auf den Seiten 5 und 6

Einheitlich, zielgerichtet, sozial abgedeckt: Fünf Leitlinien für den weiteren Umgang mit Corona

mehr auf Seite 7

Die Europäische Linke begrüßt den Sieg der MAS!

Die Partei der EL begrüßt den Sieg in der ersten Runde von Luis Arce und David Choquehuanca, beide sind die Kandidaten für den Präsidenten und Vizepräsidenten der MAS-IPSP.

mehr auf Seite 3

Antrag der LINKEN zum sozialen Ausgleich der Pandemie wurde abgelehnt

Ein Beitrag von Jens Hentschel Thöricht vom Kreistag im Oktober.

mehr auf Seite 8

Zittauer Maler vorgestellt



mehr auf Seite 15

Rubriken

Termine	S. 14
Buchtipps	S. 15
Geburtstage	S. 16

DANKE für eure
30 Jahre Linke Kleinzeitungen!

Corona bringt Turbulenz in die politischen Parteien. Erst sollte der Parteitag im Juni 2020 stattfinden. Auf Grund von Corona wurde er auf den Herbst verschoben. Und nun dass: Der Parteivorstand der LINKEN hat am 24. Oktober beschlossen, den Erfurter Parteitag zu verkürzen und am Freitag, dem 30. Oktober, lediglich die Wahlen zum Vorstand durchzuführen. In dem entsprechenden Beschluss heißt es:

„Angesichts der Infektionszahlen ist gegenwärtig nicht gesichert, ob der Parteitag stattfinden kann. Wenn er stattfinden kann, dann nur eintägig und in verkürzter Form. Wir werden die Entwicklung der Infektionszahlen weiterverfolgen und in Absprache mit den Thüringer zuständigen Stellen am Dienstag endgültig entscheiden, ob der



Beschluss des Parteivorstandes vom 27. Oktober: „Der Parteivorstand hebt – nach Konsultation mit den Landesvorsitzenden, den Landesgeschäftsführern, dem Präsidium des Bundesausschusses, dem Tagungspräsidiums und dem Fraktionsvorstand – den Einberufungsbeschluss des Erfurter Parteitags zum 30. Oktober bis 1. November 2020 auf.“ Der Geschäftsführende Parteivorstand soll prüfen, welche Möglichkeiten es für die Durchführung eines Parteitags mit Wahlen (Präsenzpartei, online, dezentral, Briefwahl, etc.) gibt. Der Parteivorstand wird auf seiner Sitzung am 7. und 8. November über die Alternativen und weitere damit zusammenhängende Fragen beraten.

Parteitag stattfindet.“ Der Zeitplan ist sehr eng gestrickt. Demnach beginnt der Parteitag 14 Uhr und wird gegen 23 Uhr zu Ende sein. Die Kandidierenden für den Vorsitz

haben gerade mal 8 Minuten, um ihre Ideen für die LINKE vorzustellen. Es werde keine Nachfragen und keine Fürreden o.ä. zugelassen. Auf der Website der Partei wurden Kandi-

statfinden soll. (AFP/fW) Inwiefern LdN diese Debatte noch begleiten kann steht kurz nach Redaktionsschluss in den Sternen. Sie zeigen eher auf NEIN.

Positionen des Ältestenrates zu der politischen Situation der LINKEN

Ein Auszug aus dem Bericht des Ältestenrates an die 1. Tagung des 7. Bundesparteitages

Der Ältestenrat erklärt in seinem Bericht an den Parteitag das aktive Mitwirken bei der Strategiedebatte, die Arbeit am »Zukunftsprojekt Ostdeutschland«, die Auswertung der Wahlen zum Europäischen Parlament und der Landtagswahlen 2019, Fragen der internationalen Lage und der Politik der Partei und damit vor allem das Mitwirken an der Vorbereitung des Erfurter Parteitages standen im Mittelpunkt ihrer Arbeit in den letzten zwei Jahren.

Auswertung der Wahlen 2019 und Strategiekonferenz

Er beschreibt in Auswertungen der Wahlen des Jahres 2019, dass keine aussagekräftige Analyse an den Parteivorstand vorlag. Eine Strategiediskussion durchzuführen wurde auf Druck der breiten Basis letztlich durchgesetzt. Das Interesse, so der Ältestenrat, war groß aber eine inhaltliche Positionsbestimmung und Orientierung durch den Parteivorstand gab es nicht. Die Strategiekonferenz in Kassel war ein Teilerfolg aber ein Bild über mögliche Richtungen und Ausrichtungen wurde nicht sichtbar.

Fragen der internationalen Lage und Politik der Partei wachsende an Bedeutung

Der Ältestenrat kritisierte das Verhalten des Präsidenten der Bundesrepublik Steinmeier für seine Rede anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung.

„Wenn er als Bürger der BRD eine ungenügende Geschichtskennntnis besitzt, ist das seine Sache. Wenn er mit seiner Rede als deutscher Bundespräsident kein Wort zur Sowjetunion und der Roten Armee zu sagen weiß, handelt es sich um eine politische Provokation.“

In Bezug auf die Entwicklung der Europäischen Union und der Linkskräfte gerichtet, schätzt der Ältestenrat ein: „Die Europäische Linke bleibt auf einem tiefen Stand ihrer Entwicklung stabil.“ Der Parteivorstand hat Berichte zur EL und zur Linksfaktion im Europäischen Parlament beraten. „Die Bewertung des Bundesgeschäftsführers in der Kurzinformation über die Beratung des Parteivorstandes, dass ein qualitativer Sprung in der Zusammenarbeit und der Vermittlung des Themas Europa nach außen über linke Politik erreicht wurde, teilen wir nicht. Wir richten unsere Bitte an den Parteitag, der Entwicklung der europäischen Linkskräfte gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.“

Ungleichheiten und politischer Geschichtsmißbrauch

Im Positionspapier des Ältestenrates zur Vorbereitung des Erfurter Parteitages heißt es:

„30 Jahre nach dem Beitritt der DDR auf der Basis des Artikels 23 des Grundgesetzes der BRD zeigen Fakten große Ungleichheiten und politischen Geschichtsmißbrauch in einem Prozess, der zum Anschluss geworden ist,

ganz wesentliche Züge einer tiefen »Zweiheit«. Sie sind auch durch jährliche Berichte im Deutschen Bundestag mit der Tendenz zur Schönfärberei nicht zu vertuschen.“

Den einseitigen und zudem noch in vielen Fällen historisch falschen Auslassungen bundesdeutscher Politiker und Medien zur Geschichte der DDR zeigen Wirkung.

„DIE LINKE läuft Gefahr, ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern in den östlichen Ländern durch Anpassung an Verfälschungen von Geschichte und historischen Abläufen bei der Vertretung ihrer Interessen, an Zustimmung zu verlieren. ...

Das Schreiben und die Darstellung einer gesamtdeutschen Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart sind zur historischen Herausforderung geworden, die unsere Partei fordern und vertreten sollte. ‚Zweiheit‘ kann nicht Einheit bringen.“

Standardthema aller linken Parteien - Koalitionsbildung

Das Standardthema aller linken Parteien: der Streit um Koalitionsbildung und die mögliche Regierungsbeteiligung der linkssozialistischen Kräfte. Auch im Vorfeld des Parteitages ist dieses Thema mit der Formel Rot-Rot-Grün wieder ganz aktuell geworden.

Die Erwartung einer rot-rot-grünen Gesellschaftsveränderung steht für den Ältestenrat noch immer im Widerspruch zur aktuellen Realität. „Uns geht

dierendenprofile eingerichtet, in die Fragen und Antworten eingestellt werden konnten. (red.)

Die Debatten der Delegierten sollen dem Vorschlag entsprechend zum größten Teil auf einen digitalen Parteitag verschoben werden, der in den zwei Monaten nach dem zur Vorstandswahl

statfinden soll. (AFP/fW) Inwiefern LdN diese Debatte noch begleiten kann steht kurz nach Redaktionsschluss in den Sternen. Sie zeigen eher auf NEIN.

es keineswegs um eine prinzipielle Rechthaberei, sondern um die Verdeutlichung einer Schrittfolge: Ziel ist eine grundlegende Veränderung der ökonomischen Verhältnisse und Steuerungsmodi der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung. In diesem Zusammenhang sind die bisherigen Ergebnisse und geschichtlich-gesellschaftlichen Erfahrungen zu betrachten. Von diesem Fundament aus könnten dann die Möglichkeiten und Chancen einer Formationsveränderung geprüft werden.

Diese Schrittfolge könnte in eine Zukunftskonzeption der Partei DIE LINKE eingehen, welches die Orientierung für die reale Politik auf allen Ebenen der Partei sein könnte.“

Der Ältestenrat betont dazu abschließend: „Wenn wir uns heute und in den nächsten Tagen wieder in Erfurt zusammenfinden, um gerade auch über die Regierungsfrage zu diskutieren, sollten wir uns an zwei Aussagen im Erfurter Programm von 2011 besonders erinnern:

„Bündnisse mit anderen politischen Parteien gehen wir dann ein, wenn dies den von uns angestrebten Richtungswechsel in der Gesellschaft fördert.“ Und: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt ... werden wir uns nicht beteiligen.“

Quelle: 1. Arbeitsheft zum Parteitag (www.dielinke.de)

Der Bericht wurde vor der Absage des Parteitages geschrieben. (red.)

Solidarität mit dem thailändischen Volk

Heinz Bierbaum, Präsident der Europäischen Linken erklärt gemeinsam mit weiteren linken Kräftigen seine Solidarität mit dem thailändischen Volk in ihrem Kampf für Demokratie:



Foto: Internet

Mehrere führende Aktivisten der Bewegung sind verhaftet worden, und es bestehen ernsthafte Bedenken hinsichtlich weiterer Repressionen.

Wir stehen in Solidarität mit der Protestbewegung in Thailand und fordern: eine sofortige Aufhebung des "Ausnahmestands" und die Wahrung des Rechts des Volkes zu protestieren, unverzügliche Freilassung der Aktivisten der prodemokratischen Bewegung und aller politischen Gefangenen, ein Ende der vom Militär dominierten Herrschaft und freie und faire Wahlen für eine demokratische Regierung, Demokratische Verfassungsänderung, Abschaffung der Feudalherrschaft und Beendigung der Anwendung repressiver Gesetze, einschließlich der Gesetze zum Schutz der Minderheiten, um abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen.

Eine wachsende Welle von Pro-Demokratie-Protesten, die von Studenten initiiert wurden, ist seit Februar über Thailand hereingebrochen. Sie haben eine neue Generation von Aktivisten mit ehemaligen Rothemden und sogar einigen Unzufriedenen aus der Gelbhemdenbewegung vereint, die fordern: den Rücktritt des Prayut-Regimes und neue, freie und faire Wahlen, demokratische Verfassungsänderungen, Reformen, die die Monarchie der Rechtsstaatlichkeit unterstellen, ihre Privilegien einschränken und die Anwendung der drakonischen Gesetze zur Unterdrückung abweichender Meinungen zu beenden.

Der ehemalige General und jetzige Premierminister Prayut Chan-O-Cha rief am 15. Oktober den "schweren" Ausnahmezustand aus, der Versammlungen von mehr als fünf Personen und die "Veröffentlichung von Nachrichten, anderen Medien und elektronischen Informationen, die Botschaften enthalten, die Angst auslösen oder absichtlich Informationen verzerren und Missverständnisse hervorrufen könnten, die die nationale Sicherheit oder Frieden und Ordnung beeinträchtigen" verbietet. Daraufhin wurden Polizei und Militär eingesetzt, um die Demonstranten gewaltsam auseinander zu treiben. Die Angriffe der Polizei auf diese jüngsten Proteste begannen am Abend des 13. Oktober, als Demokratieaktivisten aus dem armen Nordosten des Landes in Bangkok eintrafen und behelfsmäßige Unterkünfte an Straßenecken errichteten. Die Polizei riss diese Unterkünfte ab, und etwa 20 Menschen wurden verhaftet. Die Polizei führte am 15. Oktober eine Razzia vor dem Morgengrauen durch, um die Demonstranten vor dem Regierungsgebäude zu zerstreuen.

Bolivien: Die europäische Linke begrüßt den Sieg der MAS!

Die Partei der Europäischen Linken (EL) begrüßt den Sieg in der ersten Runde von Luis Arce und David Choquehuanca, beide sind die Kandidaten für den Präsidenten und Vizepräsidenten der MAS-IPSP.

Die ersten Ergebnisse sind eindeutig. Das MAS-IPSP gewinnt mit 52,4 Prozent der Stimmen die Mehrheit. Carlos Mesa, der Hauptgegner, liegt mit 31,5 Prozent weit zurück. Der rechts-extreme Luis Fernando Camacho erhält nur 14,1 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Der Willen des bolivianischen Volkes nach Veränderung konnte auch durch den Putsch im Oktober letzten Jahres nicht zum Schweigen gebracht werden. Das bolivianische Volk hat laut und deutlich gesprochen.

"Wir freuen uns heute sehr über die Nachricht und gratulieren Luis Arce und David Choquehuanca zu ihrem Wahlsieg. Er ist entschieden für die Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Wir hoffen, dass dieses Ereignis nicht nur für die Zukunft der Bolivianer, sondern auch für Lateinamerika und die Karibik einen Effekt haben wird",

Movimiento al Socialismo

(MAS; más bedeutet auf Spanisch „mehr“) ist der Name einer linken Partei in Bolivien. Sie wird geführt von Evo Morales. Sie stellte mit Morales ab Ende 2005 bis zu seinem erzwungenen Rücktritt am 10. November 2019 den Präsidenten Boliviens. Die MAS wurde 1997 aus der Vereinigung unterschiedlicher volksnaher politischer Parteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Nachbarschaftsorganisationen geboren. Ihr vollständiger Name ist „Movimiento al Socialismo – Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos“ (MAS-IPSP), „Bewegung zum Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität der Völker“.

erklärte Heinz Bierbaum, Präsident der Europäischen Linken.

„Trotz mehrerer Versuche die Atmosphäre im Land zu verschärfen - beginnend mit der Tatsache, dass die Wahlen mehrmals verschoben wurden-, konnte das bolivianische Volk demokratisch über die Zukunft des Landes entscheiden. Wir sind stolz darauf, dass eine Delegation der EL unter Aufsicht von Maite Mola, Erster Vizepräsidentin der EL, an der Wahlbeobachtung teilnahm.“

Die EL fordert alle politischen Kräfte auf, das Ergebnis der Wahl zu akzeptieren. Nichts kann die demokratische Entscheidung zum Schweigen bringen.

Unterstützer sind:

Die Europäische Linke
Partido Lakas ng Masa (PLM), Philippinen
Socialist Party of Malaysia (PSM), Malaysia
North South Initiative, Malaysia
Sedane Labour Resource Centre (LIPS), Indonesien
Working People's Party (PRP), Indonesien
Socialist Alliance, Australien
Federation of Karya Utama Union (FSBKU), Indonesien
Communist Party of India (Marxist-Leninist) Liberation, Indien
BMP (Solidarity of Filipino Workers), Philippinen
Sanlakas, Philippinen
Partai Rakyat Demokratik (PRD), Indonesien
SPERBUPAS GSBI PT. Panarub Industri, Indonesien
Indonesia for Global Justice (IGJ), Indonesien
Laban ng Masa, Philippinen
Socialist Alternative, Australien
Haqqoq Khalq Movement (Peoples Rights Movement), Pakistan
Yubaraj Chaulagain - Central Committee Member - Nepal Communist Party
Borderless Movement, Hong Kong
Pakistan Kissan Rabita Committee (Pakistan Peasants Coordination Committee), Pakistan
Campaign for Peace, Disarmament and Common Security, USA

Diskussion in und um "Ungleichland"

Caren Lay ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Mieten, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion Die Linke im Bundestag. Um über Löhne, Renten und Miete im "Ungleichland" (Lay) Deutschland, Sachsen und den Landkreis Görlitz zu reden, hatte sie gemeinsam mit dem Görlitzer Landtagsabgeordneten Mirko Schultze auf den Marienplatz eingeladen.

Die Fakten hatten es in sich. Noch nie driftete die Höhe der Löhne im Osten und Westen der Republik so weit auseinander wie 2019. Ein Besucher brachte es auf den Punkt. Wer in Bayern arbeite, verdiene im Durchschnitt drei Euro mehr in der Stunde. Da sei es doch keine Frage, wo ich mir meinen Job suche, so das Resümee.

Dieser Diagnose schlossen sich auch Caren Lay und Mirko Schultze an. Lay ergänzte, dass bei der Firma Bautzen Senf, die auch Werke im Westen habe, ein Arbeiter bei gleicher Tätigkeit im Westen 800 Euro monatlich mehr erhalte als im Osten.

Als Ursachen dafür wurde jahrelange Niedriglohnpolitik benannt, die zudem für den Landkreis Görlitz als Standortvorteil gepriesen worden sei. Der gewünschte Effekt, dass sich deshalb mehr Industrie ansiedle, habe sich nicht eingestellt. Die Forderungen der Par-

tei Die Linke lauten: Angleichung der Ost- die Westlöhne, überhaupt höhere Löhne und Tarifverträge und die Anhebung des Mindestlohnes auf mindestens 12 Euro.

Auch das nächste "Alleinstellungsmerkmal" ließ aufhorchen. So lebten im Landkreis Görlitz jedes 6. Kind in Armut, das sind über 6.280 Betroffene, so Schultze. Und auch bei den Renten sieht es schlecht aus, so die Bilanz der Linken. In Deutschland erhalten zehn Millionen Rentnerinnen und Rentner im Monat weniger als 1250 Euro und bei jedem Dritten sind es sogar unter 1.000 Euro. Dabei spielten auch hier die Unterschiede zwischen Ost und West eine Rolle. Durchschnittlich bekommen Rentner im Westen 300 Euro mehr als im Osten. Wer das Glück

Bei Bautzener Senf im Westen 800 Euro monatlich mehr als im Osten.

habe, in Österreich zu leben, kann im Gegensatz zu Deutschland als Rentner über 800 Euro im Monat mehr verfügen; wenn (fast) alle einzahlen, funktionieren das.

So fordert die Linke: eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro einzuführen und die Ostrente, wie seit langem versprochen, vollständig anzugleichen. Auch müsse das Rentenniveau



In Görlitz: v.l. Katrin Cordts, Silvio Lang, Mirko Schultze und Caren Lay. Foto: OV Görlitz

auf 53 Prozent erhöht werden (derzeit sind es 48,1 Prozent), was einen Mehrbetrag von 160 Euro im Monat ausmache.

chungen gegeben habe und konstatiert, dass jede Mieterhöhung eine Lohnminderung darstelle. Für die Mieten lauten die Forderungen der Linken für die Länder: Mietenstopp, Mietobergrenzen bei Neuvermietungen und das Absenken von Wuchermieten. Um das alles zu finanzieren schlage die Linke vor, die Vermögenden stärker an den gesellschaftlichen Kosten zu beteiligen, sprich eine Vermögensteuer für Einkommensmillionäre einzuführen. Alles in allem hatte sich ein gutes Dutzend Interessierter an der Diskussion beteiligt. Bemerkenswert, dass es vor allem junge Leute waren, die gekommen waren, aufmerksam zu hören und diskutierten.

Systemwechsel im Krankenhaus: Gemeinwohl vor Profit

Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, sowie Harald Weinberg, Sprecher für Krankenhauspolitik der Linksfraktion im Bundestag, Nelson Janßen, Sprecher für Gesundheitspolitik der Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft, und Ralf Plötner, Sprecher für Gesundheitspolitik der Linksfraktion im Thüringer Landtag, haben auf einer Pressekonferenz im Berliner Karl Liebknecht-Haus ein Papier zu einer veränderten Krankenhauspolitik vorgestellt:

Es ist Zeit für einen Systemwechsel in der Krankenhauspolitik, der sich am Gemeinwohl orientiert und den ökonomischen Druck von den Krankenhäusern nimmt. Der Zweck eines Krankenhauses ist nicht, Profite zu erwirtschaften, sondern die Bevölkerung bedarfsgerecht zu versorgen. Krankenhäuser sind Teil des Sozial-

staats. Diesem Zweck der Krankenhäuser stehen derzeit die Orientierung an Markt und Wettbewerb und ihre damit einhergehenden betriebswirtschaftlichen Strategien entgegen.

Die Möglichkeit seit 1985, mit Krankenhäusern Gewinne - und Verluste - zu erzielen und sie untereinander in einen Wettbewerb zu setzen, hat sich als unsachgemäß und problematisch erwiesen: Ob ein Krankenhaus Gewinne macht, sagt nichts darüber aus, wie die Bedarfe vor Ort sind. Wenn die Schließung von Stationen, Abteilungen oder ganzen Krankenhäusern von der Profiterwirtschaftung abhängt, leidet die Bevölkerung. Die Krankenhausplanung wird so ad absurdum geführt und die bedarfsnotwendige Versorgung gefährdet.

Das System der Fallpauschalen - ab Anfang der 2000er eingeführt - führt

zu Personalmangel, Pflegenotstand und Lohndumping. Es schafft finanzielle Anreize für Über-, Unter- und Fehlversorgung. Und die Corona-Pandemie hat gezeigt: Für Krisenfälle ist es ebenfalls gänzlich ungeeignet. Deswegen müssen die Fallpauschalen durch ein transparentes System der kostendeckenden Finanzierung abgelöst werden, das am Gemeinwohl ausgerichtet ist.

In den vergangenen Jahren hat die Kritik am System der Fallpauschalen zugenommen: Pflegekräfte kämpfen und streiken mit ihrer Gewerkschaft ver.di für Entlastung und mehr Personal, Beschäftigte in Tochterunternehmen setzen sich gegen Niedriglöhne zur Wehr, Ärztinnen und ihre Organisationen kritisieren die unmenschlichen Zwänge der kommerzialisierten Medizin, Bürgerinnen protestieren vor Ort gegen die Schließung von Stationen

und ganzen Krankenhäusern aus wirtschaftlichen Gründen.

Wir setzen uns - in der Gesundheitsministerkonferenz, im Bund und in den Bundesländern - für die folgenden Maßnahmen ein:

Die Fallpauschalen müssen abgeschafft und durch eine bedarfsgerechte Kostendeckung ersetzt werden.

Die Finanzierung über pauschale Erlöse je Fall wird abgelöst durch ein System der Kostendeckung der wirtschaftlich notwendigen Ausgaben. Kosten im Personalbereich müssen vollständig refinanziert werden.

Die Bundesländer brauchen stärkere Planungsrechte.

Für eine effiziente Planung der Krankenhausstruktur müssen die Planungsrechte der Länder - im Sinne einer regionalen Versorgungsplanung

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

Gemeinwohl vor Profit

- gegenüber den Krankenhausträgern gestärkt werden.

Die Bedarfsplanung muss verbindlich und prioritär ausgerichtet sein an: Versorgungsregionen, Erreichbarkeit (flächendeckende Versorgung), demografische Besonderheiten und notwendige Kapazitätsreserven. Ein weiterer Abbau von Betten darf nicht stattfinden - auch mit Blick auf eine sichere Versorgung bei weiterem Pandemiegeschehen.

Die volle Finanzierung der Investitionen durch die Bundesländer muss si-

chergestellt und durch einen Investitionsfonds des Bundes unterstützt werden.

Ausschüttungsverbot von Gewinnen, die mit Krankenhäusern erzielt werden.

Die Betriebskosten der Krankenhäuser werden mit Versicherungsgeldern finanziert. Gewinne aus diesem Betrieb dürfen nicht in die Taschen von Eigentümern und Aktionären fließen. Deshalb brauchen wir ein Verbot der Gewinnausschüttung.

Die Krankenhäuser wieder in öffent-

liche und gemeinnützige Hand bringen. Nachdem private Krankenhäuser jahrzehntelang politisch bevorteilt wurden, kämpfen jetzt viele öffentliche und freigemeinnützige Krankenhäuser um ihre Existenz, viele haben den Kampf schon verloren.

Wir fordern einen Fonds des Bundes zur Rekommunalisierung, um eine weitere Privatisierung zu verhindern und Entprivatisierungsbestrebungen zu unterstützen. Langfristig streben wir einen gemeinwohlorientierten Krankensektor und die Übernahme bisher privater Häuser in diesen Sektor an.

Kein Outsourcing in Tochtergesell-

schaften: Umfassendes In-Sourcing ausgelagerter Bereiche. Auch für die Qualitätssicherung ist wichtig, dass in den Krankenhäusern gilt: ein Haus, ein Tarif.

Gesetzliche Personalbemessung für alle Berufsgruppen im Krankenhaus: bedarfsgerecht, wissenschaftlich ermittelt, bindend. Für die stationäre Pflege müssen die Vorschläge von ver.di, Deutschem Pflegerat (DPR) und der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zur Pflegepersonal-Regelung (PPR 2.0) umgesetzt werden.

In allen patientennahen Bereichen muss eine gesetzliche Personalbemessung gelten.

Treffen des Bundessprecherrates der Sozialistischen Linken (SL)

Ziel: Vorbereitung Bundesparteitag

Zur Vorbereitung des Bundesparteitages in Erfurt vom 30.10.-01.11. trafen sich die Mitglieder des Bundessprecherrates der Sozialistischen Linken am 04.10. im Wahlkreisbüro des MdB Diether Dehm in Hannover. Themen waren die Änderungsanträge zum Leittrag, Anträge der SL an den Par-

teitag (z. B.: BGE, Nie wieder Krieg, Beitragstabelle, Zukunftsinvestitionsprogramm).

Der Antrag auf Erhöhung der Fahrtkostenentschädigung innerhalb der Partei DIE LINKE wurde von Mitgliedern und Sympathisanten der SL Ostsachsen eingebracht. In der Begrün-

dung heißt es: „Besonders in den Abendstunden, an Wochenenden und in Ferienzeiten sind einzelne Orte in dünnbesiedelten ländlichen Gebieten nur mit Pkw erreichbar. Um Genossinnen und Genossen in diesen Gebieten eine Teilnahme am Parteileben, natürlich unter Nutzung von Fahrgemeinschaften, zu ermöglichen, sollte eine Anpassung der Fahrtkostenentschädigung erfolgen.“

Diskutiert wurde auch über den Stand der Bewerbungen für den Parteivorstand. Ebenso ging es um die Vorbesprechungen der Strömungen beim Parteitag und der Verteilungen von Materialien. Berichte zur Arbeit der Landesgruppen (auch aus Sachsen) war ebenfalls ein Thema. Verständigt wurde sich, dass Anfang 2021 eine GMV der Bundes-SL stattfinden soll.

Gabriele Eichner

Tarifabschluss mit Pferdefuß

Nach der am 25. Oktober erfolgten Tarifeinigung im öffentlichen Dienst hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Verdi, Frank Werneke, am Montag gefordert, dass weitere Verbesserungen im Gesundheitswesen durchgesetzt werden. „Es ist gut, dass wir in der Pflege auf der finanziellen Seite etwas bewegen konnten“, sagte Werneke zu dpa in Berlin. In den kommunalen Krankenhäusern werde damit das Niveau der Universitätskliniken erreicht. „Das ändert aber erst einmal nichts an dem großen Personalmangel in der Pflege“, sagte Werneke. Das Thema werde in den kommenden Monaten mit großem Nachdruck verfolgt. Die Tarifparteien hatten sich am Sonn-

Arbeitskampf auch in Krisenzeit erfolgreich



tag auf mehrere Verbesserungen für Pflegerinnen und Pfleger geeinigt. In Bereichen mit geringem Organisationsgrad sieht die Lage weniger gut aus. Brutal ist die Lage für die Beschäftigten an Flughäfen. Angesichts eingebrochener Fluggastzahlen haben sich Unternehmer und Gewerkschaften darauf

verständigt, auf Entgelterhöhungen gänzlich zu verzichten. Das Tarifiergebnis sieht einen Notlagentarifvertrag vor, der für die Flughäfen zeitnah abgeschlossen werden soll. Darin sollen sinkende Personalkosten festgeschrieben, betriebsbedingte Kündigungen aber ausgeschlossen werden. Für die rund 175.000 Sparkassen-Beschäftigten greift die volle Tarifierhöhung erst ab dem 1. Dezember 2022.

Die Laufzeit des Tarifvertrags ist insgesamt auf 28 Monate festgelegt. Das ist zwar weniger als die von den Un-

ternehmern geforderten 36 Monate, insbesondere aber der Umstand, dass die Einigung erst ab April 2021 in Kraft tritt, wirft Fragen auf. „Die ersten sieben Monate sind als Leermonate vereinbart“, teilte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände mit. Entgegen der üblichen Verfahrensweise wurde kein Abschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Personennahverkehr vereinbart. Statt in einer bundesweiten Regelung sollen die Tarifstandards jetzt einzeln in den Ländern ausgefochten werden. Die Busfahrer und Zugführer setzten deshalb am Montag in Bayern ihre Warnstreiks fort.

Beitrag aus jw vom 27.10.

Analoge, wie auch digitale Teilnahme am Parteitag - „Hybridparteitag“

DIE LINKE in Sachsen hat in Plauen ihren Parteitag am 10. Oktober durchgeführt. Der Parteitag war der erste Hybrid-Parteitag, bei dem die Teilnahme sowohl analog als auch digital erfolgte. Am Nachmittag sprach Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt zu den Delegierten. Auch weitere Anträge



wurden beschlossen.

Rico Gebhardt, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, blickte zunächst auf den in Sachsen nicht unumstrit-

tenen Festakt am 3. Oktober zurück: „Ostdeutschland ist Gegenwart, nicht nur ein Geschichtsprojekt zur Aufarbeitung für Historiker*innen.“, sagte Gebhardt.

Er warb vor den Delegierten für ein „anderes politisches Projekt, wie es in (Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

Analoge, wie auch digitale Teilnahme am Parteitag - „Hybridparteitag“

unserem Nachbarland Thüringen erfolgreich war und ist.“

Drei Wahlperioden CDU-Alleinregierung und insgesamt sechs Wahlperioden CDU-Dominanz hätten in Sachsen deutliche Spuren hinterlassen: „Die Folge ist eine historisch beispiellose Entwurzelung und Deregulierung: So arbeiten beispielsweise in Sachsen nur 39 Prozent der Beschäftigten tarifgebunden. In Nordrhein-Westfalen arbeiten 62 Prozent der Beschäftigten tarifgebunden. Sachsen ist das Schlusslicht bei den Durchschnittslöhnen. Dafür aber Spitzenreiter*in bei den Aufstocker*innen.“, sagte Gebhardt, der für mehr Regionalität und umwelt-

verträgliches Wirtschaften warb.

Susanne Schaper sah durch jüngste Kommunalwahlergebnisse und gesellschaftliche Debatten einen „rötlichen Silberstreif am Horizont“ und DIE LINKE im Aufwind. Sie betonte die kommunale Ebene: „Wir sind nur dort stark, wo wir für die Menschen in ihren alltäglichen Problemen ansprechbar sind. Die Leute wollen bezahlbare Mieten, eine bessere und wohnortnahe medizinische Versorgung, mehr Erzieher*innen, kleinere Schulklassen und, auf dem Lande, eine bessere Anbindung durch den ÖPNV und endlich schnelles Internet. Für all diese Wünsche, für all ihre Probleme haben



zudem **Bodo Ramelow**, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, empfangen. Dieser kritisierte die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens mit deutlichen Worten: „Wir brauchen keine börsennotierten Gesundheitsap-

parate. Das sind Konzerne, die sammeln Krankenhäuser wie andere Briefmarken.“

Die Bewältigung der Corona-Krise sehen die LINKEN zudem als eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen dieser Zeit. DIE LINKE habe, so Stefan Hartmann, die Aufgabe, „in den härtesten Verteilungskämpfen der letzten 30 Jahre die Interessen der Menschen zu vertreten, die nicht aus riesigen Vermögen ihr Leben bestreiten.“

Als Gast konnten die Delegierten

wir tragfähige Antworten.“, sagte Schaper auf dem Parteitag.

Stefan Hartmann betonte in seiner Rede, dass man solche zentralen gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht dem Markt überlassen dürfe. So sagte Stefan Hartmann mit Blick auf die digitale Infrastruktur: „Wer 2020 den Breitbandausbau der ‚unsichtbaren Hand des Marktes‘ überlässt, der wird auch 2030 noch unsichtbares Internet haben.“

3. Tagung des 15. Landesparteitags in Plauen

Ein Beitrag vom Delegierten Winfried Bruns



Die vier „Präsenzdelegierten“ des Kreisverbandes Görlitz. v.l. Mathias Fröck, Winfried Bruns, Kathrin Kagelmann und Mirko Schultze.

Fotos: Flickr

Es war erstmals möglich als Delegierter des Parteitages online am Parteitag teilzunehmen – nicht nur live die Debatte zu erleben, sondern sich sowohl an der Debatte zu beteiligen als auch von seinem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

So haben über 120 Delegierte von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht; an der Debatte online hat sich jedoch (mit einer Ausnahme) keine*r beteiligt.

Auf breite Kritik stieß die Wahl des Tagungsortes – eine Eintagesveranstaltung in der westlichsten Stadt Sachsens. Zwar mit Autobahnanschluss und damit für Autofahrer kein Problem; aber mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht machbar.

Der Ablauf lief dann fast nach Plan – zu Beginn eine kurze kulturelle Einlage; eine ansprechende Rede von Bodo Ramelow, dem Ministerpräsidenten von Thüringen.

Auch der Leitantrag fand allgemein

Zustimmung – 112 Delegierte beschlossen ihn. Die beiden bereits vorgestellten Inklusionsbeauftragten wurden bestätigt.

Eine Reihe von Sachanträgen wurden beschlossen; so unter anderem ein Sachantrag der Linksjugend – Polizeiarbeit neu denken; den Antrag von Gennossin Dorothea Wolf eine Bildungskonferenz durchzuführen, den Antrag zeitgemäßer Bahnverkehr im ländlichen Raum (am Bsp. Ostachsens).

Die Delegierten erklärten ihre Solidarität für den Kampf der Beschäftigten mehrerer Betriebe der Metallindustrie in Plauen, Görlitz und Freiberg um ihre Arbeitsplätze.

Auf der Tagesordnung stand auch der Beschluss zum Wahl- und Aufstellungsverfahren für die Bundestagswahl 2021. Die Diskussion dazu war nur kurz – Rico Gebhardt verwies auf die Rechte der Vertreterversammlung. Eine von der Linksjugend geforderte

Selbstverpflichtung der Mandatsträger zur finanziellen Unterstützung der Parteiarbeit wäre nur eine moralische Keule.

Vielleicht eine kurze Begründung meiner Teilnahme in Plauen: Ich hatte gehofft mit anderen Mitgliedern von AG's in Kontakt zu kommen es gelang nicht – weder von der AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik noch von ADELE waren Vertreter anwesend, die nicht im Landesvorstand oder der Landtagsfraktion Mitglied sind – Scha-

de! Es zeigt aber auch unsere Arbeitsschwerpunkte: der Sacharbeit vor Ort muss stärkere Beachtung gelten.

Der Versuch eines „Hybridparteitages“ gelang. Die zeitliche Straffung fand ich nicht gut.

Wir sind jetzt bei der Vorbereitung des Kreisparteitages – auch aus dem Landesparteitag können Erfahrungen aufgegriffen werden. Ich bin optimistisch, sehe aber in „Hybridparteitagen“ keine generelle Lösung.

Landesparteitag einmal anders

Ich war dabei. Nicht vor Ort, sondern Online. Genannt wird diese Variante der erste Hybridparteitag. Die Verbindung hat prima geklappt, dafür danke ich den Organisatoren. So konnte ich die Redebeiträge gut verfolgen und war bei den Wahlhandlungen dabei. Ein Nachteil ist das Fehlen der persönlichen Begegnung. Dafür konnte ich in den Pausen Kuchen backen und

mit der Familie Tee und Kaffee trinken

Das Wichtige des Parteitages ist die Aussage, wir sind die Partei, die die Interessen der Arbeiter, der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wir sind die Partei der jungen Familien, der älteren Menschen, die zu wenig Rente bekommen und dies ist in den Be-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Delegierte unterstützen Kampf der Beschäftigten

In zwei Dringlichkeitsanträgen bekundeten die Delegierten außerdem ihre Unterstützung für die Beschäftigten des Schmiedewerks in Roßwein, bei MAN in Plauen sowie bei Bombardier in Görlitz und Bautzen.

„Auch die ca. 1.500 Arbeitsplätze bei Bombardier in den Werken in Görlitz und Bautzen sind nach wie vor nicht sicher. Seit vielen Jahren dauern die Arbeitskämpfe dort an – immer wieder werden Kündigungen bzw. Betriebs-schließungen angedroht.“

Alle drei Beispiele zeigen erneut die Nachteile der Tatsache auf, dass viele Betriebe in Sachsen auch 30 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD nur verlängerte Werkbänke von Unternehmen mit Sitz an anderen Standorten sind. DIE LINKE. Sachsen steht solidarisch an der Seite der Arbeitenden



in Plauen, der Lausitz und im ganzen Freistaat. Wir setzen uns auf den verschiedenen politischen Ebenen für den Erhalt der Arbeitsplätze ein. Wer trotz Fördermitteln Beschäftigte entlässt, hat auch kein Anrecht auf Fördermittel und muss diese zurückzahlen. Zusätzlich fordern wir, dass Bundes- und Landesbürgschaften nur noch unter der Bedingung der Übernahme der Beschäftigten, erteilt werden.“, heißt es in einem der beiden beschlossenen Anträge. (red.)

Aus dem Landesvorstand

Erste Wahlversammlungen November?

Der Landesvorstand hat Kreiswahlversammlungen zur Vorbereitung der Bundestagswahl 2021 im November in den Stadtverbänden Chemnitz und Leipzig sowie den Kreisverbänden Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Mittelsachsen einberufen. In den Versammlungen geht es um die Aufstellung des Direktbewerbers der LINKEN im entsprechenden Wahlkreis und die Wahl von Landesvertreter*innen für die entsprechende Versammlung zur Aufstellung der Sächsischen Liste zur Bundestagswahl. Der Landesvorstand empfiehlt auf Grund der Coronapandemie alle Präsenzveranstaltungen im Landesverband in diesem Jahr abzusagen.

Der Landesvorstand hat am 16. Oktober eine Arbeitsgruppe „Polizei und Gesellschaft“ einberufen. Er benennt unter anderem Kerstin Köditz, Jule Nagel, Rico Gebhardt, Marco Böhme als Mitglieder.

Der Landesvorstand plant im 2. Halbjahr 2021 eine Bildungskonferenz durchzuführen. Adelheid Noack ist beauftragt diese bis Ende 2020 zu konzipieren. Ein wichtiger Termin im Kalender des Landesverbandes für das Jahr 2021 ist die Durchführung der 1. Tagung des 16. Landesparteitages und der Landesvertreter*innenversammlung. Für dezentrale Treffen und Seminare der Neumitglieder sind jeweils die Kreisverbände verantwortlich.

Die bisher einberufenen Wahlversammlungen versuchen wir, unter Einhaltung aller Schutzmaßnahmen, durchzuführen. Wir sind dazu in Absprache mit den betroffenen Kreis- und Stadtverbänden. *Landesgeschäftsstelle*

Einheitlich, zielgerichtet, sozial abgefedert: Fünf Leitlinien für den weiteren Umgang mit Corona

Susanne Schaper und Stefan Hartmann (Landesvorsitzende DIE LINKE. Sachsen) und Rico Gebhardt (Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Landtag) schlagen am 22. Oktober folgende Leitlinien für den weiteren gesellschaftlichen Umgang mit Corona und den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung vor:

1. Die Maßnahmen müssen zielgerichtet, konsistent und nachvollziehbar sein.

Unser Wissen über das Virus ist nach wie vor begrenzt, aber deutlich umfangreicher als noch im März und April 2020. Die gemachten Erfahrungen müssen sich in den Maßnahmen widerspiegeln. Diese müssen konsistent, verhältnismäßig, von begrenzter Dauer und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein. Nur das stellt sicher, dass die Maßnahmen a) treffsicher und damit erfolgreich sind, b) auf Verständnis stoßen sowie c) keine Maßnahmen ergriffen werden, die bei wenig Einfluss auf die Eindämmung hohe gesellschaftliche Kosten erzeugen.

2. Die Maßnahmen müssen einheitlicher sein.

Es gilt: Im nötigen Umfang allgemeine Regeln erlassen, aber lokal handeln. Jede Woche auf jeder Ebene neue Maßnahmen zu diskutieren und diese



ggf. nach wenigen Tagen wieder zu verwerfen ist kein stringenter Umgang mit der Krise – das stiftet nur Verwirrung. Der Weg, mehr einheitliche Regelungen auf Bundesebene zu haben, die sich auf das Infektionsgeschehen vor Ort beziehen, ist richtig und wird von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Das Virus kennt keine Bundesländer und die meisten Formen des Infektionsgeschehens gibt es in allen Bundesländern gleichermaßen. Auch der Freistaat Sachsen sollte daher keinen Sonderweg gehen, nur weil der Ministerpräsident denkt, es gäbe hier besonders viele Menschen, „die nichts mit dieser Erkrankung zu tun haben“.

3. Jede Maßnahme braucht eine soziale Abfederung, die „gesellschaftlichen Kosten“ müssen mitgedacht werden.

Wo sonst bei vielen Gesetzesentwürfen die Kosten explizit mitgedacht werden, muss die Staatsregierung bei ihren Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung stärker auf die Nennung und Kompensation der gesellschaftlichen Kosten achten.

Für jede Maßnahme soll daher künftig von vornherein mitgedacht werden, welche Menschen, Berufsgruppen oder Generationen durch die Regeln vor besonderen Herausforderungen stehen und welche Kosten auf die Kommunen zukommen, damit diese nicht überfordert werden.

Jede Maßnahme muss von Vorschlägen begleitet werden, wie soziale und wirtschaftliche Folgen für diese Gruppen abgefedert werden können. Die Kosten der Krise müssen auch von den starken Schultern getragen werden.

4. Die Maßnahmen müssen in den

Parlamenten diskutiert werden.

Bundestag und die Landtage müssen als Vertretung der Bevölkerung wieder einbezogen werden. Dort müssen die Maßnahmen auch gemeinsam, sachlich und in fairem Umgangston evaluiert werden.

5. Sachsen und der Bund müssen jetzt in moderne technische Lösungen und Infrastruktur investieren.

Die Corona-Warn-App, eigentlich gedacht, um die Gesundheitsämter zu entlasten und die Kontaktnachverfolgung zu vereinfachen, leistet noch nicht das, was sie leisten könnte. Hier muss dringend nachgerüstet werden, freilich innerhalb der Erfordernisse des Datenschutzes. Für eine bessere Akzeptanz der App und einen auch mit Blick auf künftige Weiterentwicklungen klaren Rahmen hinsichtlich Rechtssicherheit und Datenschutz braucht es endlich ein begleitendes Gesetz. Sachsen muss die Bundesmittel für Luftfiltersysteme abrufen und aufstocken und auch ein Luftfilter-Programm für unsere Event- und Gastronomiewirtschaft auflegen. Der Freistaat muss nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Homeoffice-Bedarfs endlich den Breitbandausbau als öffentliche Daseinsvorsorge verstehen und den Netzausbau aktiv und mittels Landesgesellschaft vorantreiben.

Kreistag:

Antrag der LINKEN zum sozialen Ausgleich der Pandemie wurde abgelehnt

Ein Beitrag vom Geschäftsführer der Kreistagsfraktion Jens Hentschel-Thöricht

Kreistag 7. Oktober: Zustimmung zur Mitgliedschaft im Verbund „Geopark Muskauer Faltenbogen“ und unser Antrag „Sozialer Ausgleich mit Ein-Jahres-Haushalt 2021 sichern“

**Kein Geld für
Schulsozialarbeit ab 2021?**

Erst im letzten Jahr hat der Freistaat beschlossen, Schulsozialarbeit soll es an jeder Oberschule geben. Dafür hat Sachsen bisher den klammen kommunalen Geld bereitgestellt. Doch in den aktuellen Haushaltsverhandlungen ist fraglich, ob der Freistaat die Kommunen in der Corona Pandemie mit dieser und weiteren Aufgaben allein lässt. Ähnliches ist für Projekte „Partnerschaften für Demokratie“ zu befürchten.

Dazu Mirko Schultze MdL und Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Kreistag zur vergangenen Kreistagsitzung: „Es freut mich zu hören, dass geplant ist, zumindest die Jugendpauschale auch in der haushaltlosen Zeit zeitnah an die Kreise zu zahlen. Damit erhalten wir ein Grundangebot der Jugendarbeit im Landkreis aufrecht. Der Freistaat kann jedoch den Kreisen nicht Aufgaben in ein Gesetz schreiben und sie dann bei der Finanzierung allein lassen. So ein Fehler wurde zuletzt beim Bundesteilhabegesetz gerichtlich angemahnt.“

Es bestätigt sich erneut, dass der Freistaat auf dem rechten Auge blind ist. In Zeiten in denen Rassismus im Alltag und Politikverdrossenheit zunimmt und wir einen Fachkräftemangel haben, ist Finanzierungskontinuität besonders wichtig.



Wir als Fraktion werden ein genaues Augenmerk bei den Haushaltsverhandlungen darauf legen und alles dafür tun, dass der Freistaat seiner Verantwortung nachkommt.“

Zustimmung zur Mitgliedschaft im Verbund „Deutsch-polnischer Geopark Muskauer Faltenbogen“

Der Geopark Muskauer Faltenbogen erstreckt sich als geologische Formation grenzüberschreitend über polnisches und deutsches Hoheitsgebiet. Er wurde im September 2011 in das European Network (EGN) und das Global Geoparks Network (GGN) aufgenommen. Am 17. November 2015 wurde als dritte Flächenkategorie der UNESCO das Geoscience und Geoparks Program – IGGP gegründet. Der Geopark Muskauer Faltenbogen/Luk Muzakowa ist Gründungsmitglied dieses Programms und damit offizieller UNESCO Geopark, nunmehr verlängert bis zum 31.12.2023. Die Besonderheit des Geoparks Muskauer Faltenbogen/Luk Muzakow besteht in seiner deutsch-polnischen Transnationalität, die in einem langjährigen Prozess gewachsen ist.

Damit der Park auch weiterhin des UNESCO-Titel tragen kann, welcher sich positiv auswirkt auf die Tou-

rismuswirtschaft, musste eine rechtlich einheitliche Struktur geschaffen werden. Aus diesem Grund haben wir der Mitgliedschaft im Verbund „deutsch-polnischer Geopark Muskauer Faltenbogen“ zugestimmt.

Wenn diese rechtlich einheitliche Struktur nicht geschaffen wird, besteht die ernste Gefahr, dass der UNESCO-Titel des Geoparks möglicherweise unwiederbringlich aberkannt werden und damit als Marke für die Region verloren gehen würde.

„Sozialer Ausgleich mit Ein-Jahres-Haushalt 2021 sichern“

Unsere Fraktion beantragte: „Der Landrat des Landkreises Görlitz wird aufgefordert, in Wahrnehmung der gemeinsamen Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und für eine sozial gerechte Bewältigung der Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie im Landkreis Görlitz:

- unverzüglich die erforderlichen Vorkehrungen für die Aufstellung eines Beschlusses zur Haushaltssatzung des Landkreises Görlitz für das Haushaltsjahr 2021 zur Gewährleistung der verlässlichen Finanzierung der Folgen und (Langzeit)Wirkungen der Coronavirus-Pandemie zu treffen.

- dem Kreistag einen auf dieser Grundlage erarbeiteten Entwurf für einen Beschluss zur Haushaltssatzung des Landkreises Görlitz für das Haushaltsjahr 2021 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“

Mirko Schultze, Vorsitzender der Kreistagsfraktion begründete unseren Vorstoß wie folgt: „Nach Auffassung

der Fraktion DIE LINKE stehen die Landkreisverwaltung mit dem Landrat an der Spitze wie auch der Kreistag in der unmittelbaren politischen Verantwortung, angesichts der tiefen und massiven Einschnitte in alle Lebensbereiche der Menschen im Landkreis Görlitz infolge der von der Staatsregierung verordneten Coronavirus-Krisenmaßnahmen in besonderer Weise für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und damit insbesondere auch für eine sozial ausgeglichene Bewältigung der finanziellen Folgen und (Langzeit) Wirkungen der Coronavirus-Pandemie zu sorgen. Weiterhin befinden wir uns in einer besonderen Situation. Wir können in keiner Weise abschätzen, wohin die finanzielle Reise geht. Niemand weiß, welche Auswirkungen die Krise auf den Haushalt unseres Landkreises hat. „Wir sollten auf Sicht fahren.“ Niemand kann sagen, wie sich die derzeitige Krise entwickelt. Niemand kann sagen, ob es eine zweite Corona-Welle geben wird und was das dann auch für den Landkreis Görlitz bedeutet. Niemand kann uns aktuell sagen, wann es einen Impfstoff für alle gibt. Deswegen ist die Fraktion der LINKEN im Kreistag Görlitz davon überzeugt, dass unsere Positionierung, nämlich einen Ein-Jahres-Haushalt für 2021 zu fordern, richtig ist.

Hinzu kommt, dass eine Neujustierung der Finanzierung Land-Kommunen (Kommunaler Finanzausgleich) erfolgen muss. Dazu braucht es eine Änderung des FAG jenseits eines Doppelhaushaltes.“

Leider fand der Antrag keine Mehrheit und wurde abgelehnt.

Zittau:

Stadtrundgang zur Verbesserung der Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in der Zittauer Innenstadt

Auf diesem Rundgang, auf Einladung des Zittauer Oberbürgermeisters am 20. Oktober, wurden Beispiele für bestehenden Verbesserungsbedarf aufgezeigt – beginnend bei Schmierereien an Fassaden, zerstörte Anlagen wie Parkautomaten und Toiletten, bis zu Plätzen, an denen sich „Trinker“ treffen. Deutlich gemacht wurde vom Leiter des Bürgeramtes, dass mittels Verboten und Bussgeldern die Probleme nicht zu lösen sind. An mehreren



sehr maroden Gebäuden wurde sichtbar, wie schwer es ist Eigentümer zur Pflicht der Verkehrssicherung zu zwingen. Die Komune muss in Vorleistung

gehen; die folgenden Verwaltungsverfahren sind dagegen langwierig und nicht selten erfolglos. An mehreren Beispielen wurden aber auch Erfolge der Zusammenarbeit von Sanierungswilligen und Verwaltung deutlich gemacht. Gerade die Nutzung der verschiedenen Fördermöglichkeiten ist so möglich. Auch die insgesamt erfolgreiche Arbeit der Wohnungsbau-gesellschaft bei der Bewirtschaftung der Ende der 1980er Jahre gebauten

Typenbauten wurde deutlich gemacht. Von Studenten werden sie gern genutzt. In der jetzigen Situation, wo „Corona bedingt“ die Nachfrage nach von Studenten genutzten WG's gering ist wird erwogen diese für Wohnungslose verfügbar zu machen. Mich hat das erschüttert – bisher war das noch kein Problem. Dass Obdachlosigkeit nicht nur ein Problem der Großstädte ist, war mir nicht bewusst.

W. Bruns

Strukturwandel mit „Betongeld“?

Ein Beitrag von Kreisrätin Sabine Kunze

Lange hat es gedauert, bis sich in Sachsen und auch im Landkreis Görlitz herumgesprochen hat, dass es mit der Braunkohlenverstromung nicht weiter geht wie bisher und ein Konzept her muss, wie sich die Lausitz ohne Braunkohle und Kraftwerke weiter entwickeln kann. Um diesen Prozess zu händeln, trat der Landkreis Görlitz 2016 der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) bei, in der alle Lausitzer Landkreise und die Stadt Cottbus vertreten waren. Ihre Aufgabe war und ist die nachhaltige Entwicklung der Gesamtlausitz und in ihrem Auftrag erarbeitete die Zukunftswerkstatt Lausitz die „Entwicklungsstrategie Lausitz 2050“, die am 7. Oktober im Kreistag Görlitz vorgestellt wurde. Grundlage sind vielfältige Fachstudien, Gespräche mit gesellschaftlichen Akteuren und am Ende wurde in einer Schreibwerkstatt durch eine große Anzahl Autoren*innen das Werk fertiggestellt. Am 4. Dezember soll es beschlossen werden. So weit, so gut. Aber Sachsen hat es sich anders überlegt und eine eigene Entwicklungsgesellschaft, die „Sächsische Agentur für Strukturentwicklung“ (SAS) gebildet, da ja auch das Mitteldeutsche Revier mit-

bedacht werden muss. So kam es im Kreistag zu der grotesken Situation, dass neben der Vorstellung der Entwicklungsstrategie gleichzeitig der Austritt des Landkreises Görlitz aus der WRL beschlossen wurde. Es bleibt also spannend, ob es gelingt, die Lausitz trotzdem als gemeinsamen Wirtschaftsstandort zu entwickeln oder ob jedes Land sein Ding macht, denn die SAS wird vom Land dominiert und die Kreise haben wenig zu sagen. Kritisch finde ich auch, dass das Strukturstärkungsgesetz auf kommunale Investitionen fokussiert ist. Die sächsische Lausitz bekommt so 120 Mio. Euro pro Jahr für Investitionen (ich nenne es „Betongeld“) aber im Mit-Mach-Fonds des Landes stehen für beide Reviere für 500 Projekte nur 3,2 Mio. Euro zur Verfügung. Das wären im Schnitt 640 Euro pro Projekt für kleine und mittlere Projekte, die Einzelpersonen oder Vereine einreichen und durchführen, um in ihrer Kommune etwas zu bewegen. Das ist m. E. ein krasses Missverhältnis, um Menschen anzuregen, sich mit Ideen in den Strukturwandel einzubringen. Ein Strukturwandel von unten mit Bürger*innenbeteiligung ist so nicht zu kriegen

Stadt Zittau soll Initiative „Seebrücke“ unterstützen

Winfried Bruns, Stadtrat der LINKEN: "Bei der Unterstützung der Initiative Seebrücke geht es zum einen darum, sich klar zum Recht auf Asyl, einem Menschenrecht gemäß der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN, zu bekennen. Zum anderen soll Zittau, wie deutschlandweit 203

weitere Städte, Verantwortung übernehmen und Zittau zum ‚Sicheren Hafen‘ machen. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben. Unsere Stadt hat nicht zuletzt mit der gelebten grenzübergreifenden Zusammenarbeit bewiesen, dass Grenzen überwindbar sind."

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Linksfraktion im Stadtrat Zittau beantragt, dass die Stadtratsmitglieder folgende Resolution spätestens in der



Dezembersitzung des Stadtrates beschließen: Der Stadtrat der Stadt Zittau unterstützt die Initiative „Seebrücke“. Er bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Stadt Zittau hat mit der Unterstützung zahlreicher Einwohnerinnen und Einwohner in den vergangenen Jahren Geflüchteten Obdach und Hilfe ge-

Lausitz als Ganzes entwickeln

Ein Beitrag von Kreisrätin Katrin Cordts

Am 15.10. trafen sich die Kreistagsfraktionen der Landkreise Bautzen und Görlitz sowie MdB Caren Lay in Görlitz auf Initiative von MdL Mirko Schultze & MdL Antonia Mertsching, welche sich aufgrund von Krankheit entschuldigen musste, um sich über zukünftiges Vorgehen zum Thema Strukturwandel zu verständigen. Für die Kreistagsfraktion Görlitz diskutierten Sabine Kunze, Katrin Cordts und Mirko Schultze mit dem eingeladenen Dezernenten Thomas Rublack über Förderkriterien, Bürger*innenbeteiligung und Zeitschienen, sowie über die Beweggründe, aus der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) auszuweichen, welche gerade erst im Kreistag das frisch erarbeitete Leitbild vorstellte, um sich in die Prozesse der Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (SAS) einzubringen.

Antragsberechtigt für Fördergelder aus dem Strukturwandelfond sind die Kommunen, an die sich auch Bürger*innen mit ihren Vorschlägen und Ideen wenden sollen. So entstandene Konzepte werden mit Unterstützung des Landkreises bis zur Antragsreife weiterentwickelt, um sie beim Freistaat einzureichen, wo sie dann von einem Begleitausschuss (Zusammensetzung bisher nicht bekannt) beurteilt werden. Wann tatsächlich erste Gelder fließen und Projekte umgesetzt werden; auch das bleibt unklar. Des Weiteren gilt scheinbar für die Struktur-

wandelgelder Subsidiarität; es soll also nur das gefördert werden, was nicht aus bereits existierenden Förderfonds finanziert werden kann.

Erkenntnisse daraus: All die interessanten Erkenntnisse zum Beispiel zu den Themen Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Verkehrswegeplanung und sozial ökologischen Ausbau des ÖPNV aus Studien der WRL, für die bereits mehrere Millionen geflossen sind, finden außer in den Leitlinien in der Umsetzung wohl kaum Beachtung. Die Entwicklung der Lausitz als gemeinsame Region wird wohl zugunsten kleinteiliger kommunaler Investitionen hinten über fallen, sollte es nicht gelingen, einzelne Ideen zu bündeln bzw. mit den Kreisentwicklungen gemeinsam Projekte mit Kommunen zu initiieren. Hoffen wir, dass die Ahnung der Kreisrätin Kunze, das wieder überwiegend in Beton und kaum in weiche Standortfaktoren investiert wird, nicht wahr wird. Unsere Region braucht genauso eine Investition für unsere Kinder und Jugendlichen, die sie schon heute für sich nutzen können, damit sie ausreichend verbunden sind, um ihr künftiges Leben in der Lausitz zu gründen. Leben wird nun mal nicht nur durch Broterwerb ausgemacht. Wir wünschen dem Dezernenten Herrn Rublack eine glückliche Hand bei der Gestaltung bei dieser unsere Region so nachhaltig beeinflussenden großen Aufgabe.

währt und wird dieses auch in Zukunft tun.

– Der Stadtrat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen.

– Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und ihrer Menschen zu setzen, deklariert der Stadtrat die Stadt Zittau als „sicheren Hafen“. Die Stadt nimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Geflüchtete auf.

– Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.

– Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter

verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

– Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in diesem Stadtrat vertreten sind, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Abschottung und somit den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf zu nehmen, ist kein legitimes politisches Mittel.

Der Stadtrat Zittau ist bereit, Geflüchteten, im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten, Obdach und Hilfe zu gewähren; dieses gilt auch für in Seenot geratene Menschen. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot Geretteten muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen. Der Stadtrat fordert die Vertreter und Vertreterinnen in Bundestag und Landtag auf, sich für diese Ziele einzusetzen. (red.)

(Fortsetzung von Seite 6)

Landesparteitag einmal anders

schlüssen zum Leitantrag, der auf Grundlage einer breiter Mitarbeit entstand, enthalten. Auch die Reden z.B. von Cornelia Ernst zur Lage der Geflüchteten und dem Unterstützungsbedarf oder von Susanne Schaper zur Situation von Beschäftigten die erst bejubelt und dann im Stich gelassen werden oder von

Rico Gebhardt der in Erinnerung zum 3. Oktober erklärt, die Erwartungen zur Wende haben sich bei den meisten nicht erfüllt. In der Bilanz durch die Linke, geht es um mehr als um

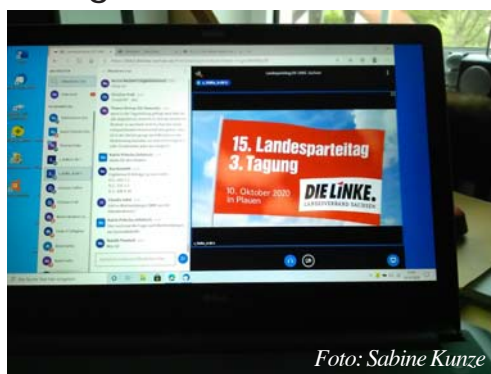


Foto: Sabine Kunze

Sonntagsreden und Schulterklopfen, sondern um Fehler und deren Aufarbeitung sondern um. Deutsche Einheit ist sozial und ökonomisch gescheitert, nicht nur wegen der Tätig-

keit der Treuhand und deren Unrecht bei Privatisierung und Stilllegung und den negativen Folgen.

Aber die Wende brachte auch Chancen

In Sachsen hat die CDU seit 30 Jahren jegliche soziale Bestrebungen verdammt. So gibt es Niedriglohn und geringe Renten, die kein sorgenfreies Leben ermöglichen. Wir müssen für Existenzsicherung sorgen, für Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Die wachsende Armut durch Corona wird kritisiert und DIE LINKE hat auf Mißstände hingewiesen und auch darauf, dass die meisten Probleme schon vor der Coronakrise da waren und nun verschärft wurden.

Ebenso wie Heike Krahl hat Sabine Kunze den Parteitag auch online verfolgt. Sie wollte sich den weiten Weg von Rothenburg bis Plauen aus Umweltgründen für einen Tag einfach ersparen und hat festgestellt, dass so ein virtueller Parteitag auch Vorteile hat. Die technische Umsetzung hat nach ein paar anfänglichen Problemen gut geklappt, auch die Abstimmung lief reibungslos. Sicher hätte es bei einer Präsenzveranstaltung mehr Diskussion gegeben, aber manchmal ist weniger auch mehr. Jedenfalls hat DIE LINKE gezeigt, dass sie auf neue Anforderungen reagieren kann und nicht wie die Regierungspartei CDU erst noch üben muss. Trotzdem würde sie sich freuen, wenn der nächste Parteitag wieder eine Präsenzveranstaltung ist, um mit anderen Genoss*innen in Erfahrungsaustausch zu treten.

Aus dem Kreisverband Görlitz

Kreisverband

Kreisparteitag am 7. November fällt aus

Der Kreisgeschäftsführer teilte am 26.10. LdN mit: „Hiermit müssen wir euch mitteilen, dass der Kreisparteitag am 7. November durch den Kreisvorstand abgesagt wurde. Das ist mit den aktuell stark steigenden Infektionszahlen im Landkreis Görlitz begründet. Damit folgen wir auch der Empfehlung des Landesvorstandes zur Absage der Kreisparteitage sowie dem Antrag des Ortsverbandes Zittau. Wir empfehlen auch den Ortsverbänden und Basisorganisationen von ihren Sitzungen und Zusammentreffen abzusehen.“

Im ersten Quartal 2021 wird es voraussichtlich einen Kreisparteitag und eine Kreiswahlversammlung aufgrund der anstehenden Bundestagswahlen geben. Wir werden euch über den Termin und die Tagesordnung zeitnah informieren. Die Debatte um unsere zukünftige Struktur und somit den Leitantrag werden wir aber weiterführen. Dies wird zum Einen über die „Links der Neiße“ stattfinden. Zum anderen werden wir Online-Formate und dezentrale Formate entwickeln, um miteinander in Austausch treten zu können.“

Einladung zur Gesamtmitgliederversammlung des Ortsverbandes Zittau

Hiermit lade ich im Namen des Ortsvorstandes der LINKEN. Zittau alle Mitglieder*innen der LINKEN zur Gesamtmitgliederversammlung ein. Diese findet am 12. Dezember um 10 Uhr im Zittauer Büro der LINKEN statt. Auf der Tagesordnung wird die Wahl des neuen Ortsvorstandes incl. eines / einer neuen Vorsitzenden, der Rückblick auf das Vergangene wie auch der Ausblick auf zukünftige Aufgaben stehen. Im Anschluss können wir in vorweihnachtlicher Stimmung das Jahr ausklingen lassen. Als Vorsitzender werde ich persönlich der LINKEN nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Bundessatzung regelt, dass Parteiämter nicht länger als 8 Jahre bzw. 2. Wahlperioden ausgeübt werden sollten. Ich freue mich auf eine konstruktive Gesamtmitgliederversammlung. *Jens Hentschel-Thöricht* im Namen des Ortsvorstandes der LINKEN. Zittau

OV Zittau

Liebe Zeitungsschreiber, danke für die Oktoberausgabe.

Sie war sehr informativ. Von uns ein kleiner Beitrag : Am 19.10. führte die BO Olbersdorf ihre MV durch. Thema war der Landesparteitag. Da die Informationen aus den Medien und die Auswertung der Dokumente uns nicht ausreichten, luden wir Winfried Bruns ein, der persönlich am Parteitag teilnahm und uns seine Eindrücke schilderte.

Noch zur LdN:

Da nicht mehr alle Genossen an Veranstaltungen teilnehmen können, ist die LdN eine wichtige Informationsquelle, außer Telefonaten.

Renate Schneider

OV Niesky

Der OV Niesky folgt der Empfehlung des Kreisvorstandes Görlitz und sagt aufgrund der aktuellen Pandemielage im Landkreis seine Gesamtmitgliederversammlung am 14.12. ab.

Mit ihren Angehörigen trauern wir um unseren verstorbenen Genossinnen und Genossen

Hans Werner Wiedemuth aus Bertsdorf-Hörnitz
02.10.1924 – 15.09.2020

Annelies Hoinko aus Olbersdorf
24.09.1927 – 06.10.2020

Wir werden ihr Andenken bewahren.

Ortsvorstand DIE LINKE Zittau
BO Bertsdorf-Hörnitz und BO Olbersdorf

OV Weißwasser

Zu Besuch im UNESCO Geopark



Die Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE Weißwasser verlief am 12. Oktober etwas anders als sonst, denn heute ist eines der Themen der Tourismus im Landkreis.

Der UNESCO Geopark Muskauer Faltenbogen macht das geologische und landwirtschaftliche Erbe nicht nur erlebbar, sondern nutzt es für Prozesse zugunsten nachhaltiger Entwicklung der Region. Einen Einblick dazu gab Rolf Silberger zuerst zu Fuß entlang des Drachenbergweges im Bad Muskauer Faltenbogen und dann per Vortrag im Gasthaus zur Linde.

Weißwasser:

Strukturen zur Entscheidungsfindung nicht ausreichend

Ein Beitrag von Heike Krahl aus dem Ortsverband Weißwasser

Arbeitsgruppe „Lausitz im Wandel“ traf sich am Freitag, den 23. Oktober in Weißwasser und diskutierte zu folgenden Themen:

- * Stand Umsetzung Strukturstärkungsgesetz in Sachsen und Brandenburg
- * Informationen aus der großen Lausitzrunde vom 19.10.2020
- * Auswertung der Veranstaltung mit Prof. Gesine Schwan > Schlussfolgerungen
- * Informationen aus den Kommunalparlamenten / Sonderausschuss Strukturwandel in Brandenburg

Die Zusagen des Strukturstärkungsgesetz werden in Brandenburg tatsächlich umgesetzt und in Sachsen werden mit dem Kompetenzzentrum und dem Bundesamt für Ausfuhrkontrolle ebenso erste Projekte realisiert.

Dennoch sind für die vorgeschlagenen neuen Projekte, sowohl in Brandenburg wie in Sachsen, nicht ausreichend Strukturen zur Entscheidungsfindung und Realisierung vorhanden und es bestehen Zweifel, ob alle Projekte überhaupt in Augenschein genommen werden

Der Arbeitsgruppe gehören Vertreter*innen der Orts- bzw. Stadtverbände der LINKEN Spremberg, Hoyerswerda, Senftenberg, Weißwasser, Cottbus und Forst an. Sie tagen periodisch und beraten mit den ansässigen Landtagsabgeordneten zu Fragen des Kohleausstieges und des damit verbundenen Strukturwandel.

Einige Projekte, wo die Zivilgesellschaft einbezogen ist, wo eine Bürgerbeteiligung existiert, die den Namen verdient, existieren, sind aber noch lange nicht in der Größenordnung vorhanden, wie es sich DIE LINKE vorstellt.

Initiativgruppe STOLPERSTEINE für Weißwasser:

Das Andenken an jüdische Bürger von Weißwasser wach halten

Im Sommer diesen Jahres hat sich eine kleine Gruppe ganz verschiedener Menschen zusammengefunden. Sie wollen die Verlegung von STOLPERSTEINEN in Weißwasser anregen und in den kommenden Jahren realisieren.

Mit den Steinen vor den Häusern, wo jüdische Menschen bis in die Zeit des Nationalsozialismus wohnten, wird die Erinnerung an sie wieder lebendig. Das scheint heute notwendiger denn je.

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“. (aus dem Talmud)

Der Künstler Gunter Demnig hat diese Form des Erinnerens bereits Anfang der 90er Jahre entwickelt. Die STOLPERSTEINE, kleine Gedenktafeln aus Messing, werden in den Fußweg eingelassen. Sie enthalten die Namen und eine kurze Information zu den Personen. Inzwischen liegen STOLPERSTEINE in über 1000 Kommunen in Deutschland und in einundzwanzig Ländern Europas.

Am 10. November 1938 fanden Aus-



schreitungen gegen jüdische Bürger auch in Weißwasser statt.

Deshalb soll am Dienstag, den **10. November 2020** das Gedenken an einigen Wohnorten von jüdischen Bürgern in Weißwasser stattfinden. Beginn wird um **17.30 Uhr** an der Dr.-Altmann-Str. Ecke Str. der Glasmacher sein, dem Ort an dem der jüdische Arzt Dr. Hermann Altmann lebte und praktizierte. Nach drei Stationen des Gedenkens besteht ab 18.30 Uhr in der Winterkirche der Ev. Kirche die Möglichkeit, weitere Informationen zum geplanten Vorhaben zu erhalten und sich darüber auszutauschen.

Alle Menschen, denen dieses Anliegen wichtig ist, sind herzlich willkommen.

Ernst Opitz

im Namen der Initiativgruppe

Abgaben auf Alterseinkünfte - das ist Rentenklau!

Am Donnerstag, 01.10. – dies ist der „Internationaler Tag der älteren Generation“ – fand im AKZENT-Hotel Residence in Bautzen die diesjährige Sächsische Seniorenkonferenz des DGB statt.

Das Thema - Abgaben auf Alterseinkünfte - beschäftigt mittlerweile alle Senioren, denn Steuern auf die Rente ist eine Doppelbesteuerung weil während des Berufslebens die Beiträge zur Rentenversicherung größtenteils aus bereits versteuertem Einkommen bezahlt wurden. Eine Doppelbesteuerung hat aber das Bundesverfassungsgericht bereits 2002 verboten. Ein Rentner klagt jetzt beim Bundesfinanzhof gegen die Praxis, die es seit

2005 gibt. Wahrscheinlich ist die Doppelbesteuerung nicht nur ungerecht, sondern sogar verfassungswidrig. Markus Schlimbach, Vorsitzender DGB-Bezirk Sachsen, eröffnete die Veranstaltung.

Thomas Früh, vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Klaus Beck, DGB-Bundesseniorenbeauftragter und Raoul Didier, Referatsleiter Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand referierten zu Thema.

Natürlich konnte man dann auch Nachfragen, auch allgemeine Fragen zur Rente, stellen. Es war eine hochinteressante Veranstaltung für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer. (ge)

Dierk Kunow: In eigener Sache

Zutaten: Spaß, Lust und Motivation

30 Jahre - es waren gute Jahre mit vielen lieben Menschen



Dierk Kunow.

Letzte Woche habe ich mich entschieden, ab dem 1. Januar 2021 nicht mehr als Redakteur für „Links der Neiße“ unter der Herausgeberschaft des Kreisvorstandes zu arbeiten. Die Ursachen sind diesmal nicht gesundheitlich, sie sind ausschließlich parteipolitischer Natur. Sie beziehen sich auf den Umgang (Nichtumgang) miteinander, wie auch auf die stark unterschiedlichen Positionen, wie weiter mit dem Kreisverband. (Siehe Beitrag unten zum Leitantrag.) Es war aber nicht nur der Leitantrag, es waren auch noch die Kurzkonzeption zur LdN, der Finanzplan, inklusive Erläuterungen. Dies zeigte mir, dass meine Zeit vorbei ist. Die linken Kleinzeitungen waren und sind auch heute kein Luxus, nein, sie sind eine angemessene Form der politischen Arbeit entsprechend der Struktur des Kreisverbandes. Auch auf Landesebene, bei den Haushaltsdiskussionen, musste ich mir in den vergangenen Jahren das Einsparpotential Nummer „eins“ erklären lassen - die Kreiszeitung. Dank der Unterstützung des Kreisvorstandes und der Leser*innen der LdN habe ich diese Angriffe, relativ gelassen abwehren können, sie waren zum Schluss auch nicht mehr so stark.

Aber seit Herbst letzten Jahres ist die Stimmung im Kreisvorstand gekippt und man versuchte doch relativ aggressiv mir zu erklären, dass es aus ist mit der Zeitung, es sei nur ein Verlustgeschäft, was keiner braucht. Ich hatte das Gefühl, es wäre dem einen oder anderen des Vorstandes auch sehr recht gewesen, wenn die Druckerei nicht auf die Einhaltung des Vertrages bestanden hätte, die Zeitung bis Dezember zu drucken.

Kurzer Hand wurde bei einer Beratung des geschäftsführenden Kreisvor-

standes mit der damaligen AG Medien, eine neue AG Medien gegründet. Ich dachte immer, dass ich der Leiter der AG Medien des Kreisverbandes war, aber ab diesem Jahr schien dies nicht mehr, warum auch immer. Ein Angebot, in dieser AG mitzuarbeiten, hatte ich dann doch abgelehnt.

Die Zeit verging und sie verging. Im Juli dann Zwischenberatung mit dem Thema Zusammenspiel Internetseite/facebook und Zeitung. Die Redaktion war in Weißwasser anwesend, selbst Winfried Bruns aus Zittau. Die Beratung brachte nichts Substantielles. Und die Zeit verging. Dann Ende September hatte ich einen Termin mit der Kreisvorsitzenden, machte auch Sinn, denn der Vertrag mit der Druckerei musste bis 30.9. gekündigt werden. In diesem Gespräch erklärte ich ihr, unter welchen Bedingungen ich noch als Redakteur weiter bereit bin mitzuarbeiten. Dies wollte sie in der nächsten AG Medien, Anfang Oktober, zur Sprache bringen. Ich hatte ein gutes Gefühl. Ich wusste auch, dass die Kreis-schatzmeisterin der CITY-Druckerei kündigen wird. Auch hier noch einmal das Angebot, wenn eher wäre auch gut. Nicht Anfang Oktober sondern am 22.10. fand dann die Beratung der AG

Medien statt. Teilnehmer Kreisvorsitzende Antonia Mertsching, Sabine Kunze und Heike Krahl von der Redaktion. Man einigte sich auf einen Kompromiss 6 Ausgaben im Jahr, 12 Seiten, Spende/Ausgabe 1,50 Euro. Ich wurde von diesem Kompromiss informiert. Ich hätte mich darauf eingelassen, käme dann nicht der Leitantrag, die Kurzkonzeption zur LdN mit Bemerkungen und der Entwurf zum Finanzplan mit den Erläuterungen, insbesondere die Positionen zu den Ehrungen. Ich dachte, ich bin im falschen Film und fragte mich, was ich die letzten 30 Jahre hier überhaupt gemacht habe. So habe ich mich am Mittwoch, dem 28. Oktober, früh entschieden: Ich werde meine Tätigkeit als Redakteur unter der Herausgeberschaft des Kreisvorstandes am 31.12. 2020, nach 30 Jahren, einstellen.

Es war eine schöne, teils auch lustige und lehrreiche Zeit, ich muss aber ehrlich sagen, um so eine Kleinzeitung zu machen, von 16 Leerseiten bis hin zu einer Zeitung braucht man als Zutaten: Spaß, Lust und Motivation. Und alles das, habe ich nicht mehr.

Ist die Partei die politische Heimstätte Gleichgesinnter? Na klar!

Ein Beitrag von Dierk Kunow zum Leitantrag des Kreisvorstandes

unter anderem Ursache dafür...“

Die Einlassungen mit dem Optimismus auf der Zeile 56 finde ich gut. Auf der Zeile 78 würde ich neben der Bundesebene auch die Landesebene und die LINKE vor Ort benennen.

Ziel - die politische Arbeit der Partei

Im dritten Abschnitt, beginnend mit Zeile 87, stelle ich mir auf der Zeile 94 die Frage, wer den jungen Menschen die Freiräume nimmt? Bei dem „machen lassen“, so glaube ich, können die jüngeren Genoss*innen sich in den letzten Jahren nicht beklagen oder sie haben es nicht entscheidend angesprochen, dass sie jetzt was neues machen wollen. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir als Kreisverband Initiativen der Jugendlichen gebremst hätten. „Neue Wege zu gehen und neue Schätze zu bergen“ daran wird keiner gehindert, so meine ich. Aber ich kann

und werde nicht einsehen, wie Formen der politischen Arbeit, so nennt man vermutlich „liebgewonnenes“ (Mal ein Danke, Gratulation zu Jubiläen oder Information und eigene Möglichkeit der Diskussionsteilnahme u.s.w.), alles Sachen, die unter anderem ein Parteilieben ausmachen, im Rahmen eines neoliberalen Geistes, abgeschafft werden sollen. Die einzelnen Formen des Parteiliebens sind generationenabhängig. Alle sollten gleichberechtigt genutzt werden. Es geht nicht, dass ich das eine gegen das andere austausche, ohne das die Partei, der Kreisverband, Schaden nimmt, der nachfolgend nicht mehr reparabel ist.

Der Abschnitt, Zeile 115 bis 123, unterstreicht noch einmal das vorher beschriebene: nur jetzt gleich unverhohlen. „... eine Partei ist eben keine eigennützige Heimstatt für Gleichgesinnte.“ Ich kenne den Satz etwas anders: „Die Partei ist die politische Heimstätte Gleichgesinnter.“ Diesen Satz un-

terschreibe ich auch heute noch. Denn sollte es nicht so sein, gibt es keinen Grund, einer solchen Partei beizutreten und geschweige noch Beitrag zu bezahlen. Jetzt ist dort das Wort „eigennützig“, was sicher nicht zufallslos dort steht. Es suggeriert dem Leser, der Leserin, dass er oder sie aus Gründen in der Partei ist, um einen eigenen Nutzen aus der Mitgliedschaft zu ziehen. Liebe Leserinnen und Leser, ich kenne keinen im Kreisverband, dem ich so etwas auch nur im Ansatz unterstelle. Bei der Geschichte der LINKEN unterstelle ich es aber mit Sicherheit keinem der Älteren, die heute noch dabei sind. Schon im nächsten Satz wird die Katze aus dem Sack gelassen. „Aufgabe einer Partei ist es, politische Positionen ihrer Mitglieder und Wähler in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen ...“ Frage, woher kommen die politischen Positionen? Werden Sie unter den Mitglieder er-

(Fortsetzung auf Seite 13)

Ich habe die Möglichkeit, schon in dieser Ausgabe, einige Gedanken zum Leitantrag des Kreisvorstandes beizutragen.

Zum ersten Teil meine ich, das nicht Corona die Existenzen bedroht sondern die Maßnahmen. Ich fände es besser und wäre aus meiner Sicht auch korrekter, wenn auf Zeile 17 wir nicht von „politischer Zusammenarbeit“ hier sprechen sondern von „politischer Arbeit“.

Im zweiten Teil auf der Zeile 22 „Der Landkreis hat sich entwickelt: die wirtschaftliche Lage hat sich stabilisiert ...“ Das steht mit dem nächsten Abschnitt schon in Widerspruch. In diesem Satz sollte wenigstens eingefügt werden: „auf niedrigstem Niveau stabilisiert“,

Auf der Zeile 46 sollte ergänzt werden, wer politisch versagt hat: „von CDU, SPD, Grünen und FDP“. Weiter auf dieser Zeile ergänzen: „sind

(Fortsetzung von Seite 12)

Ist die Partei die politische Heimstätte Gleichgesinnter? Na klar!

stritten, was aber nur geht wenn ein Parteileben stattfindet, wenn die Mitglieder wenigstens ein Teil dieses Herrschaftswissens auch besitzen, um sachkundig mit zu diskutieren oder sich wenigsten mitgenommen fühlen. Oder wird von Jemandem eine Meinung, die das Ergebnis von Mitarbeiter- oder Funktionsberatungen ist, vorgegeben, die dann alle zu vertreten haben und wehe dem wenn nicht. Die politischen Positionen in die Öffentlichkeit zu bringen ist die Aufgabe der Partei, das ist richtig. Das hat die Partei in erster Linie über ihre Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte, über ihre Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten sicher zu stellen und die Partei delegiert sie für eine Wahlperiode an diese Stelle. Dafür stellt der Staat auch finanzielle Mittel den Fraktionen zur Verfügung. So wie sie sich in der

Öffentlichkeit präsentieren, mit welchem Geschick sie die politischen Positionen der Partei „verkaufen“, hat entscheidenden Einfluss auf Wahlergebnisse und gesellschaftliche Entscheidungsmöglichkeiten.

Wenn, wie auf den Zeilen 130-132 das Ziel der strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen der „... kontinuierliche Aufbau unserer Rücklagen...“ ist, dann bin ich raus.

Ich stelle den Antrag: „Der Kreisvorstand möge ab der Zeile 87 den Antrag neu überarbeiten und Anfang 2021 den Mitgliedern vorlegen“.

Denn es ist nicht davon auszugehen, dass es zu diesen Themen vor der Bundestagswahl noch einmal zu ernsthaften Diskussionen kommen wird.

So wie der Antrag vorliegt stimme ich ihm nicht zu.

China als Umwelt-Buhmann ausgedient

Die Niederschläge der letzten Wochen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in den vergangenen Jahren ein erhebliches Wasserdefizit in Flüssen, Seen und Im Untergrund aufgebaut hat. Dies sind bereits Folgen des Klimawandels, die jede*r beobachten kann, die/der will. Um dem Klimawandel zu begegnen, hat sich die EU zentrale Ziele bis 2030 gegeben, u.a. die Senkung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 40% oder die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie um 32%. Umweltschützer*innen kritisieren, dass diese Ziele nicht ausreichen, um die lt. Pariser Klimaschutzabkommen beschlossenen 1,5°C Temperaturerhöhung nicht zu verfehlen. So feilscht man in Brüssel weiter, ob die Ziele auf 55 % oder 60% erhöht werden oder nicht. Oft kommt in diesem Zusammenhang das Argument, was nützt Minderung in Europa, wenn China weiter Kohlekraftwerke baut und die Wirtschaft rasant wächst. Doch stopp! Die Zeitung „der Freitag“ vom 15. Oktober veröffentlichte einen interessanten Artikel dazu. Staatspräsident Xi Jinping hat auf einer Tagung des Volkskongresses verkündet, dass



China bis 2060 klimaneutral werden wird. Und es tut sich wirklich etwas. Chinas Städte werden grün. Die Volksrepublik betreibt das weltweit größte und ehrgeizigste Aufforstungsprogramm der Welt. China kommt bisher als einziger Vertragsstaat seinen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen nach. Deutschland wird 30 Jahre für den Kohleausstieg brauchen, China will es in fünf Jahren schaffen. Bis 2035 soll der Anteil an Elektrofahrzeugen auf mindestens 50% gestiegen sein. Und das Lustige: auch deutsche Autobauer in China stellen Elektrofahrzeuge in Massen her, was in Deutschland selbst nach Kräften verhindert werden soll. Hinzu kommt, dass die Eisenbahn in China alle Großstädte mit Hochgeschwindigkeitszügen verbindet. Übrigens fährt die weltweit größte Elektroflotte an LKW und Bussen in China. Schade, China hat damit als Umwelt-Buhmann ausgedient.

Sabine Kunze

Sachsen „boomt“ ...

... nein, nein, das bedeutet nicht, dass die Corona-Krise vorbei ist.

„boom“ ist der Titel der diesjährigen Sächsischen Landesausstellung, die sich der Entwicklung von 500 Jahren sächsischer Industriekultur widmet. Mit etwas Verspätung im Juni eröffnet, kann man in der Zwickauer Hauptausstellung und an sechs weiteren Standorten in Chemnitz (2), Crimmitschau, Freiberg, Oelsnitz und nochmals in Zwickau viel Interessantes, auch Neues, über die Entwicklung der Industrie im „Land der Erfinder, Techniker und Ingenieure“ vom „Berggeschrei“ bis zur Gegenwart erfahren. Vielfältig sind die Themen Bergbau, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Eisenbahn und Textilindustrie – alles Wirtschaftszweige, die Sachsen geprägt haben, dargestellt. Für meinen Geschmack werden die Entwicklung in der Neuzeit und der Blick in die Zukunft überhöht und sehr optimistisch gesehen.

Sehr unkritisch ist auch die Rolle der Treuhand bei der Abwicklung der DDR-Betriebe beleuchtet – einzelne Darstellungen, meist aus Gewerkschaftssicht, einmal ausgenommen. Es gibt viele Denkanstöße, gerade auch zur Verkehrspolitik in Sachsen. Eine interaktive Karte zeigt zum Beispiel den „Rückbau“ des Streckennetzes der Bahn in den letzten 30 Jahren in dem Land mit dem ehemals dichtesten Schienennetz in Europa.

Interessant war auch folgendes Zitat zu lesen: „Eisenbahnen sind in erster Linie nicht zur Gewinnerzielung bestimmt, sondern dem Gemeinwohl verpflichtete Verkehrsanstalten. Sie haben entgegen dem freien Spiel der Kräfte dem Verkehrsinteresse des Gesamtstaates und der Gesamtbevölkerung zu dienen.“

Von wem stammt das wohl?

A: Katja Kipping, B: Otto von Bismarck, C: Martin Dulig, D: Robert



Die Leistungen und Entwicklungen der DDR-Industrie hingegen werden marginalisiert und kleingeredet.

So wird z. B. im Industriemuseum Chemnitz auf Schrifftafeln zu Beginn darauf hingewiesen, dass die DDR-Industrie wegen Planwirtschaft und daraus resultierender Innovationschwäche international nicht wettbewerbsfähig gewesen sei, um im folgenden Ausstellungsteil der Sachzeugen das Gegenteil zu belegen (numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen, internationales Spitzenniveau mitbestimmende Textilmaschinen, Roboterfertigung u. v. m.). Dieser Widerspruch scheint den Ausstellungsmachern entgangen zu sein.

Habeck, F: August Bebel, G: Friedrich Engels. (Auflösung auf Seite 16) Gut ist, dass mit einer Karte für die Landesausstellung (40,00/20,00 Euro) alle Teilausstellungen, wenn man möchte auch mehrmals, bis zum 31.12.2020 besucht werden können, einschließlich der Dauerausstellungen, die im Industriemuseum Chemnitz, den Horchmuseum Zwickau oder dem Eisenbahnmuseum Hilbersdorf ständig gezeigt werden.

Alles in allem: Ein Tipp für die dunkle und ungemütliche Jahreszeit!

Chemnitz ist zur europäischen Kulturhauptstadt für das Jahr 2025 gewählt wurden.

Modellregion für nachhaltige Entwicklung im Bereich Tourismus erleben

Ein Beitrag von Heike Krahl, Mitglied des Kreisvorstandes

Der Tourismus ist ein großer Wirtschaftsfaktor in der Region und großer Arbeitgeber.

Wie sind die Erfahrungen bei Anbietern und Akteur*innen im Tourismus vor Ort, welche Erfolge und Probleme gibt es und welchen Einfluss hat er im Strukturwandel erfragten im Interesse und auf Einladung des Ortsverbandes Weißwasser die Landtagsabgeordneten Antonia Mertsching und Antje Feiks, die Tourismuspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag. Begleitet wurden sie von Michael Röder und Heike Krahl.

Beginn war in der Erlebniswelt Krauschwitz, die aufgrund Corona die Besucheranzahl reduzieren musste und noch immer weniger Einnahmen als im



Sauna der Erlebniswelt, v.l. Herr Kepek Bademeister, Michael Röder und die beiden Landtagsabgeordneten Antonia Mertsching und Antje Feiks. Fotos: Heike Krahl

normalen Betrieb generiert. Investitionen, die anstehen, aber nicht sofort sein müssen, werden verschoben. Die Silvester – Party fällt aus.

Dieses Jahr läuft nach den Rekordbesucherzahlen im Jahr 2019 nicht so gut. Dennoch sind für die Zukunft Erweiterungen zur Steigerung der Attraktivität geplant.

Zumal das neue angrenzende Areal der Abenteuerwelt auch Besucher in das Bad bringen kann. Ein Grund, auch diese Gelände zu besichtigen.

Im ehemaligen, nun nicht mehr für Fußball und Großfeldhandball genutzten Stadion ist eine neue Freizeitgestaltung möglich.

Mit dem Eiszeitdorfverein und dem Neißelandverein wurde an erdgeschichtliche Besonderheiten der letzten Eiszeit angeknüpft und hier ein Kletter- und Spielparadies geschaffen an einem „Gletscherfelsen“.

Am Nachmittag fand ein Treffen mit Tristan Mühl, Bürgermeister der Gemeinde, statt.

Thema des Besuchs war neben Tourismus und Freizeitangeboten auch der Strukturwandel. Die einen sehen große Investitionspotentiale in dem Bereich - die große Frage ist nur: wo kommen die Arbeitskräfte und die Kaufkraft her? Der andere bezweifelt, dass den bezifferbaren Ausgaben für Touristen- und Freizeitangebote auch messbare Einnahmen gegenüberstehen.

Als Abschluss der Tourismustour stand eine Vorortbegehung des UNESCO Geoparks Muskauer Faltenbogen an. Während der Tour entlang der Faltungen durch die Zunge des Eiszeitgletschers erklärt Nancy

Sauer, Leiterin der Geschäftsstelle des Geoparks Muskauer Faltenbogens, welche Anstrengungen unternommen werden, um den Herausforderungen des globalen Wandels in der Region gerecht zu werden und das besondere geologische Erbe bekannt zu machen und für eine Identifikation mit der Region zu fördern.

Antonia Mertsching stellt nach diesem Tag fest: „Es muss eine Gesamtstrategie zur Entwicklung des Angebots in der Region geben. Wir brauchen in Zukunft Strukturen und Verdienste, die die vielen guten Touristischen Angebote nutzen und bezahlen lassen. Also, es gibt weiterhin viel zu tun!“

Antje Feiks resümiert nachdem man sich mit Freizeiteinrichtungen, einem Bürgermeister und Akteur*innen des Geoparks traf: „Alles ist miteinander verzahnt. Weiche Standortfaktoren, die das Leben in der Region attraktiver werden lassen, sind zwingend dafür nötig, dass in der Lausitz die Neuausrichtung zu schaffen ist. Denn nur wenn Infrastruktur und Rahmen stimmen, wird die Lausitz attraktiv für Arbeitgeber*innen. Und nur wenn Arbeitgeber*innen in der Region sind, können die Einrichtungen von möglichst vielen genutzt werden. Beeindruckt war ich vom Geopark. Nicht nur deshalb, weil es ein grenzüberschreitendes Projekt ist und sich eine Verein auf den Weg gemacht hat, um den jetzigen Stand zu erreichen. Sondern beeindruckt bin ich, weil die Akteur*innen des Geoparks ein wenig Zukunft der Lausitz konkret gestalten, in dem sie zum einen den Geopark zugänglich machen, erkunden, Bildungsangebote rundherum stricken, aber eben auch darüber hinaus bestehende Strukturen in der Lausitz mit im Blick haben. Am Ende müssen die Vorstellungen für die Zukunft in der Region unter einen Hut gebracht werden. Was braucht zum Beispiel ein möglicher Digitalisierungsstandort, damit Menschen hier dauerhaft bleiben? Wie muss der Rahmen aussehen? Das sind Fragen, die offen miteinander diskutiert werden. Es geht weniger um Wandel als um Entwicklung. Wenn diese gemeinsam mit den Menschen und Akteur*innen vor Ort verhandelt wird, dann kann es was werden. Die Teilnehmer*innen bedankten sich für die spannenden Einblicke in die Arbeit bzw. auch in das ehrenamtliche Engagement der Vereinsmitglieder. Um an den Fragen zum Thema weiter dran zu bleiben, wird im Jahr 2021 eine Konferenz zu dem Thema organisiert.“



v.l. Herr Hofmann, Vorsitzender des Neißeland e.V., Antje Feiks, Antonia Mertsching und Heike Krahl.

Termine

OV Görlitz

Ständige Termine im OV:

1. Dienstag im Monat: 18:00 Uhr
Informationstag

jeden Dienstag: 17:30 Uhr
Treffen der Linksjugend SOLID

Änderungen sind immer möglich, wenn notwendig oder sinnvoll!

OV Zittau

12. 12. 10.00 Uhr
Zittauer Büro der LINKEN
Mitgliederversammlung des Ortsverbandes

OV Region Weißwasser

Qasselkaffee

Am 3. Dienstag also 17.11. finden Gespräche bei einer Tasse Kaffee und Diskussionsrunden zu aktuellen politischen Themen von 14:30 - 16:30 Uhr in der Roten Rosastatt

OV- Sitzung ist, so Corona es erlaubt, am 17.11. um 10:00 Uhr

BO Löbau und Oberland

04.11. (Achtung Mittwoch!) 16.00 Uhr bei Fam. Weidauer; Löbau, Damaschkestr. 10
Beratung der des Rates der BO-Vorsitzenden Löbau

05.11. 17.00 Uhr Rathaus
Beratung der Stadtratsfraktion

09.11. 10.00 Uhr – Gedenkstein am Gericht Löbau (Promenadenring)
Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht
Bitte auch die Presseveröffentlichungen beachten!

25.11. 15.00 Uhr – Löbau, Hotel „Stadt Löbau“, Weißenberger Str.
Mitgliederversammlung des Bereiches Löbau
(Bitte Teilnehmerzahl der BO bis 16.11. an Edelgard Weidauer melden)

17.11. 17.00 Uhr
Gaststätte Brauerei Ebersbach
Mitgliederversammlung der BO Oberland

Vorschau Dezember 2020

02.12. (Achtung Mittwoch!) 16.00 Uhr bei Fam. Weidauer; Löbau, Damaschkestr. 10
Beratung der des Rates der BO-Vorsitzenden Löbau

03.12. 17.00 Uhr Rathaus
Beratung der Stadtratsfraktion

Elbe-Tag in Torgau am 3. Oktober nachgeholt

Am 25. April 1945 hatten sich Soldaten der Sowjetarmee und US-Soldaten in Torgau an der Elbe die Hand gereicht. Diese Begegnung wurde zum ersten offiziellen Treffen beider Armeen erklärt und gilt als Symbol der gemeinsamen Anstrengungen der Alliierten.

Alljährlich treffen sich Vertreter der Friedensbewegung, verschiedener Parteien sowie Organi-



Görlitzer Mitglieder des Liebknechtkreises am Denkmal der Begegnung in Torgau. Foto: H. Gläß

sationen an diesem Tag und an diesem denkwürdigen Ort, um zu erin-

nern; vor allem auch vor einem neuen Krieg gegen Russland zu mahnen, denn die Gefahr war seit Kriegsende nie größer als heute.

In diesem Frühjahr war, anlässlich des 75. Jahrestages der Begegnung an der Elbe, bundesweit eine Friedensaktion in Torgau geplant. Die leider wegen Corona ausfallen musste. Am 3.10. fand nun in Torgau eine kleinere Gedenkveranstaltung statt, an der sich auch Vertreter der Görlitzer Gruppe des LKS (Liebknechtkreis Sachsen) beteiligten.

Nach einer kurzen Ansprache setzte sich der Demonstrationszug mit ca. 500 Teilnehmern am rechten Elbeufer in Bewegung. Neben vielen Friedensfahnen waren Fahnen der DKP, der

LINKEN, der SDAJ, auch von „aufstehen“ und der VVN zu sehen. Nach kurzen Stopps am Thälmann-Denkmal und dem Torgauer Marktplatz ging es zum Denkmal der Begegnung am linken Elbeufer. Zur Abschlusskundgebung wurde noch einmal an die historischen Leistungen der Roten Armee bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und an die Verpflichtung, alles zu tun, um Kriege zu verhindern, erinnert. Unter dem Klang russischer Soldatenlieder und aktueller Friedenslieder ging es zurück auf die andere Elbseite.

Ein eindrucksvoller 3. Oktober 2020 in Torgau. (hg)

BUCHTIPP

Ingo Schulzes Roman über einen Antiquar nach der Wende



Falsch abgebogen

Der Dresdener Schriftsteller Ingo Schulze hat ein ambivalentes Verhältnis zum Anschluss der DDR an die BRD. Der 3. Oktober sei kein Tag der Vereinigung, sondern nur ein Tag des Beitritts, sagte er der *Stuttgarter Zeitung* und den *Stuttgarter Nachrichten* (Freitag). Die Ostdeutschen hätten es nicht fertiggebracht, ihre Probleme erst einmal untereinander zu lösen, um dann mit einem gewissen Selbstbewusstsein in einen Vereinigungs-

prozess einzutreten, aus dem wirklich etwas Neues hätte entstehen können, sagte Schulze. »Viele Probleme, die in der alten BRD auch schon in Frage standen, wurden damit einfach übernommen.« Als Beispiele nannte er die Art und Schnelligkeit der Währungsunion oder den Zwang zur Privatisierung etwa des Gesundheitswesens oder von Grund und Boden. »Wenn man von heute aus zurückblickt, muss man sagen: Wir haben die Chance, die 1989 bot, nicht gut genutzt.« Es sei höchste Zeit, nicht immer nur die ehemalige DDR zu problematisieren, sondern auch die ehemalige BRD, sagte Schulze: »Was war da gut? Was war da furchtbar? Wo sind wir aus heutiger Sicht falsch abgebogen?« (dpa/jW)

Eine Zeitlang gab es den Autor als Instanz gar nicht, und jetzt spricht uns Ingo Schulze vom Umschlag seines Romans »Die rechtschaffenen Mörder« herunter an: »Ich wollte eine Erzählung schreiben über das Lesen und die Leser, und ich wollte fragen, ob man durch Lesen sein Leben verfehlen kann oder warum es Leser gibt, die plötzlich zu verraten scheinen, was ihnen ihr Leben lang wichtig war. Vor allem aber wollte ich auch eine Liebeserklärung an das Papierbuch schreiben. Gerade durch Literatur können wir besser erkennen, in welcher Zeit wir leben.«

Klingt ziemlich rechtschaffen, wirft aber Fragen auf, denn ist nicht jede Erzählung eine über den Leser und das Lesen? Und ist das, nach Juli Zeh oder Thilo Sarrazin, nicht eine Binse, dass man sein Leben durch Lektüre verfehlen kann? Und eine andere, dass das deutsche Bildungsbürgertum seinen Goethe auch vor Sarrazin schon verraten hat, nämlich indem es beim Ermächtigungsgesetz die Flossen hob? Und dass Literatur uns besser macht und sehen lässt: ist das nicht ein Kalenderspruch, und nicht einmal ein besonders guter?

Winfried Bruns

Es gibt keine unpolitische Kunst!

Es ist Kunst oder Kitsch

„Landschaft und Landwirtschaft“

Bilder des Zittauer Malers Karl Wolfgang Weber

Am 25. Oktober besuchte ich die Ausstellung im Dorfmuseum Eckartsberg. Wolfgang Weber hatte im Oktober seinen 70. Geburtstag. Sein Lebenslauf ist „typisch DDR“: Während der Schulzeit wird sein Talent als Zirkelteilnehmer gefördert. Er absolvierte die Facharbeiterausbildung als Offset-Setzer in den Graphischen Werkstätten Zittau. Nach dem Studium an der Hochschule für Grafik und Buchkunst



Leipzig arbeitet er freischaffend als Maler und Grafiker in Zittau.

Bis 1989 ist er auch Zirkelleiter im bildnerischen Volksschaffen.

In seinen Bildern wird einerseits die Heimatverbundenheit deutlich – sichtbar etwa in den Bildern „Kottmardorfer Windmühle am Abend“ oder „Seerosen auf dem Burgteich“.

In anderen Arbeiten macht er das Leben der Arbeitenden sichtbar.

Wie in anderen Ausstellungen wird das Entstehen eines Bildes von Detailstudien, Entwürfen, Skizzen bis zum

Pastell und Ölgemälde sichtbar gemacht.

Am Beispiel des Bildes „Die Melkerin“, einer Auftragsarbeit für die LPG Bertsdorf – Olbersdorf, erläuterte er das Entstehen: Skizzen vor Ort, Detailstudien, Gespräche mit einer Melkerin, Modell im Atelier bis zum fertigen Bild; Kein „Wunschbild“ sondern von Realismus geprägt. Noch heute hat es seinen ursprünglichen Platz.



Es gelang zahlreiche Leihgaben auszustellen – denn nicht alles ist nach 1990 in Museumsdepots und Archiven verschwunden. Heute nimmt das Interesse wieder zu.

Hervorheben möchte ich den Ausstellungsort: Genutzt wurden die verschiedenen Räumlichkeiten des Dorfmuseums – dem Kuhstall, dem Wohnhaus, dem Ausgedingehaus eines Vierseithofes.

Gen. Weber ist Mitglied im Ortsverband Zittau

Ein Beitrag von Winfried Bruns

Geschäftsstelle des Kreisverbandes
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03576/2162893
 e-mail: kontakt@dielinke-goerlitz.de

Büro der LINKEN Zittau
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/700 525, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: zittau@linksmail.de; www.dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro „Rote Rosa“ MdL Antonia Mertsching
 Rosa-Luxemburg-Straße 17, 02943 Weißwasser; Tel.: 03576/2162893
 Mail: kontakt@antonia-mertsching.de
 E-Mail des Ortsverbandes: ov-weisswasser@dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro MdL Mirko Schultze
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03581/40 30 05

Büro der Kreistagsfraktion
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/58 60 17, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: kreistagsfraktion@dielinke-goerlitz.de
 www.dielinke-kreistagsfraktion-goerlitz.de



Der Kreisvorstand und die Ortsvorstände gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die in den Monaten November/Dezember Geburtstag haben, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit und alles Gute. Insbesondere gratulieren wir unseren Jubilaren:

November

Dorothea Wünsche	30.11.1940	80	Zittau
Erwin Blaschaj	24.11.1936	84	Rothenburg/O.L.
Gerhard Warnei	27.11.1934	86	Weißwasser/O.L.
Inge Kutschmar	17.11.1932	88	Olbersdorf
Alfred Juranek	30.11.1931	89	Löbau
Christa Otto	19.11.1930	90	Görlitz
Grete Berndt	24.11.1929	91	Schleife
Manfred Wirth	17.11.1928	92	Rothenburg/O.L.

Dezember

Thomas Rabe	11.12.1985	35	Görlitz
Heiko-Michael Röder	10.12.1955	65	Weißkeißel
Annelies Schlaffer	03.12.1937	83	Löbau
Helga Starke	14.12.1937	83	Löbau
Christine Storch	10.12.1935	85	Niesky
Heinz Schüler	02.12.1933	87	Löbau
Manfred Klatte	12.12.1932	88	Löbau
Sonja Hnida	02.12.1931	89	Zittau
Elfriede Schulz	10.12.1931	89	Rothenburg/O.L.
Maria Juranek	12.12.1931	89	Löbau
Walter Wolf	01.12.1930	90	Niesky
Reinhard Schietzelt	06.12.1928	92	Zittau
Werner Teichgräber	12.12.1922	98	Zittau

Auflösung der Frage auf Seite 12 unter dem Artikel „Sachsen boom ...“ - B: Otto von Bismarck

Abgeordnetenbüro schließt aufgrund der Corona-Pandemie erneut

Aufgrund der neuen Corona-Verordnungen des Bundes und um seiner Verantwortung gerecht zu werden hat MdL Mirko Schultze entschieden das Büro wieder für Besucher:innenverkehr zu schließen.

Da in dieser Zeit keine persönlichen Kontakte stattfinden können, ist es möglich sich über Probleme, Sorgen und Nöte oder Anliegen im Telefonat oder per Videochat zu verständigen. Sie erreichen uns täglich von 09:00- 15:00 Uhr über die Telefonnummer 03581/ 403005.

Oder unter bb.goerlitz@mirko-schultze.de.

Mirko Schultze dazu: „Uns ist es wichtig für Bürgerinnen und Bürger da zu sein, auch werden wir weiterhin an inhaltlichen Schwerpunkten arbeiten. Um aber eine Verschärfung der Lage zu verhindern, halten wir es für notwendig Kontakte die möglicherweise zu Infektionen führen könnten, auf ein Minimum zu beschränken.“

Wir werden auch in diesem Lockdown „light“ wieder verstärkt Angebote über social Media anbieten dazu ist es nur notwendig uns auf Facebook oder Instagram zu folgen.“

Impressum:

Herausgeber: Kreisvorstand der LINKEN.Görlitz
 Redaktion: Dierk Kunow: ViSdP., Heiderose Gläß, Sabine Kunze, Winfried Bruns, Heike Krahl, Marko Schmidt, Heinrich Ruynat, Bitte alle Beiträge an folgende e-mail: linksderneisse@linksmail.de

Satz und Druck: City-Druckerei Weißwasser; Auflage: 599 Stck.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.11.2020

Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe: 01.12.2020

Der Redaktion bleiben sinnwahrende Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten.

Wer Rechtschreibfehler findet darf sie behalten. - Spendenempfehlung 1,50 Euro -

Unser Spendenkonto ist: DIE LINKE.Görlitz, Volks- und Raiffeisenbank

Niederschlesien eG IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08



Herzliche Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung unserer Basisorganisation

Wann? Wo?

Worum geht es ?